



Veröffentlichungsblatt

der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

www.verwaltung.zentrale-dienste.uni-mainz.de/veroeffentlichungsblaetter

1 / 2022

vom 24.02.2022

Inhaltsübersicht

1. 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz über das Auswahlverfahren in zulassungsbeschränkten Studiengängen (Auswahlsatzung) vom 12. Januar 2022
Seite 3 ff
2. 6. Ordnung zur Änderung der Teil-Rahmenprüfungsordnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Durchführung eines vorwiegend digitalen Semesters vom 07.02.2022
Seite 9 ff
3. Fünfzehnte Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Zulassung und Einschreibung von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Einschreibeordnung) vom 2. Februar 2022
Seite 12 f
4. Organisationsregelung für die wissenschaftliche Einrichtung Institut für Film-, Theater-, Medien- und Kulturwissenschaft im Fachbereich 05 – Philosophie und Philologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Seite 14 ff

Impressum

Herausgeber:
Der Präsident
Univ.-Prof. Dr. Georg Krausch

Verantwortlich:
Bianca Thierfelder (V.i.S.d.P.)
Leiterin der Abteilung Infrastrukturelles
Liegenchaftsmanagement

Druck: Zentraldruckerei - Campus



JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ

Inhaltsübersicht Seite 2 Veröffentlichungsblatt JGU – 1/2022

5. Organisationsregelung für das Forschungszentrum für Immuntherapie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 1. Februar 2022

Seite 20 ff
6. Berichtigung der Zweiten Ordnung zur Änderung der Ordnung des Fachbereichs 09 der Johannes Gutenberg Universität Mainz für die Prüfung im Masterstudiengang Biomedizinische Chemie vom 11. Februar 2022

Seite 26
7. Berichtigung der Vierten Ordnung zur Änderung der Ordnung des Fachbereichs 09 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Prüfung im Masterstudiengang Chemie vom 11. Februar 2022

Seite 27 f
8. 4. Ordnung zur Änderung der Ordnung des Fachbereichs 01 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Prüfung im Beifach Evangelische Theologie als Teil des Zwei-Fächer-Bachelorstudiengangs der Fachbereiche 02, 05 und 07 vom 9. Februar 2022

Seite 29 ff
9. 5. Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Prüfung im Magisterstudiengang Evangelische Theologie (Magister/Magistra Theologiae) an der Johannes Gutenberg Universität-Mainz vom 9. Februar 2022

Seite 32 f
10. Ordnung des Fachbereichs 10 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Prüfung im internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ vom 14.02.2022

Seite 34 ff

**5. Satzung
zur Änderung der Satzung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
über das Auswahlverfahren in zulassungsbeschränkten Studiengängen
(Auswahlsatzung)**

Vom 12. Januar 2022

Aufgrund des § 3 Abs. 11 und § 5 Abs. 1 des Hochschulzulassungsgesetzes vom 31. Oktober 2019 geändert durch § 154 des Gesetzes vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461), BS Anhang I 164 i. V. m. § 23 Abs. 4 der Studienplatzvergabeverordnung Rheinland-Pfalz vom 7. Januar 2020 (GVBl. S. 2), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Dezember 2021 (GVBl. S. 615), BS 223-44 i. V. m. § 7 Abs. 1 Hochschulgesetz (HochSchG) vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2021 (GVBl. S. 453), BS 223-41, hat der Senat der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 17. Dezember 2021 die nachfolgende 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz über das Auswahlverfahren in zulassungsbeschränkten Studiengängen (Auswahlsatzung) vom 14. Januar 2020 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Nr.1/2020, S. 49, berichtigt am 20. Februar 2020), zuletzt geändert am 31. August 2021 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Nr. 10/2021, S. 311, beschlossen. Diese hat das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit mit Schreiben vom 03. Januar 2022, AZ 7233-0039#2021/0015-1501 15324 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Artikel 1

1. § 10a Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst: „Bei Ranggleichheit entscheidet das Los“.

2. Anlage 1 der Auswahlsatzung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 14. Januar 2020 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Nr. 01/2020, S. 49), zuletzt geändert am 24. September 2021 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Nr. 10/2021, S. 311), Buchstabe A Auswahl in grundständigen Studiengängen im 1. Fachsemester (Studiengänge, die keinen ersten Hochschulabschluss voraussetzen) (§ 11 Abs. 1 und 2) wird wie folgt geändert:

a) Bei den Abkürzungen werden nach der Eintragung von TMSGewicht folgende Eintragungen eingefügt:

PHASTPunkte_B = Nach Anlage 5 Abs. 3 StPVLVO berechnete Punktzahl für das Ergebnis des fachspezifischen Studieneignungstests PHAST

PHASTGewicht = Gewicht des Kriteriums PHAST

b) Die Bestimmungen für den Studiengang „Pharmazie (Staatsexamen)“ werden wie folgt gefasst:

”

4 Veröffentlichungsblatt JGU

1. Auswahlverfahren der Hochschule

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Punkte_B = HzbPunkte_B + PHASTPunkte_B +
BerufsausbildungPunkte_B

Auswahlkriterien: HzbGewicht = 60
PHASTGewicht = 30
BerufsausbildungGewicht = 10

2. Zusätzliche Eignungsquote:

Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Punkte_B = PHASTPunkte_B +
BerufsausbildungPunkte_B

Auswahlkriterien: PHASTGewicht = 90
BerufsausbildungGewicht = 10“

3. Anlage 1 der Auswahlsetzung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 14. Januar 2020 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Nr. 01/2020, S. 49), zuletzt geändert am 24. September 2021 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Nr. 10/2021, S. 311), Buchstabe B Auswahl im Auswahlverfahren der Hochschule in konsekutiven, postgradualen oder weiterbildenden Studiengängen im ersten oder in höheren Fachsemestern (Studiengänge, die einen ersten Hochschulabschluss voraussetzen) (§ 11 Abs. 3) wird wie folgt geändert:

a) Die Bestimmungen für den Studiengang „Psychologie (M.Sc.) mit einem klinisch-gesundheitsbezogenem oder einem anwendungsorientierten Schwerpunkt“ werden gestrichen.

b) Bei den Bestimmungen für die Studiengänge

Psychologie – Rechtspsychologie (M. Sc.),
Psychologie – Human Factors (M. Sc.),
Psychologie – Kindheit & Jugend (M. Sc.),
Psychologie – Arbeits- und Organisationspsychologie (M. Sc.)
Psychologie – Klinische Psychologie und Psychotherapie (M. Sc.)

erhält der Abschnitt „Vorauswahl“ folgende Fassung:

„Vorauswahl: nein“.

c) Vor den Regelungen für den Studiengang „Sport Science - Movement and Wellbeing (M.Sc.)“ werden die folgenden Regelungen für den Studiengang „Quantitative Decision Making in Economics and Management (M.Sc.)“ eingefügt:

„Vorauswahl: nein

Auswahlverfahren: Verfahrensnote: Durchschnitt aus

a) QStud, gewichtet mit 50%, und

b) Note aus T, gewichtet mit 50%

$$VN = (QStud * 0,5) + (T * 0,5)$$

Auswahlkriterien:

QStud: mit LP gewichtete Durchschnittsnote der Studien- und Prüfungsleistungen des Vorstudiums (mindestens 135 LP);

T: Anforderungen gemäß § 4:

a) Bezeichnung:

Fachspezifischer Studieneignungstest für den Masterstudiengang "Quantitative Decision Making in Economics and Management"

b) Durchführung: schriftlich.

Wird der Studieneignungstest in Form eines Multiple-Choice-Tests durchgeführt, ist folgende Regelung anzuwenden: Eine Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren („Multiple-Choice-Prüfung“) liegt dann vor, wenn die Bestehensgrenze ausschließlich durch Markieren der richtigen oder der falschen Antworten erreicht werden kann. Hierbei wird die Bestehensgrenze von der Prüferin oder dem Prüfer, je nach Schwierigkeitsgrad der Klausur, zwischen 50 und 60 Prozent festgelegt. Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren sind nur zulässig, wenn sie dazu geeignet sind, den Nachweis über das Erreichen des Prüfungsziels gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 zu erbringen. Eine Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern vorzubereiten. Die Prüferinnen und Prüfer wählen den Prüfungsstoff aus, formulieren die Fragen, legen die Antwortmöglichkeiten und die Gewichtung der Fragen fest. Hierbei ist sicherzustellen, dass das Verhältnis der zu erzielenden Punkte in den einzelnen Fragen zur erreichbaren Gesamtpunktzahl dem jeweiligen Schwierigkeitsgrad entspricht. Sie erstellen das Bewertungsschema und wenden es im Anschluss an die Prüfung an. Die Prüfungsfragen müssen zweifelsfrei verstehbar, eindeutig beantwortbar und dazu geeignet sein, den zu überprüfenden Kenntnis- und Wissenstand der Kandidatinnen und Kandidaten eindeutig festzustellen. Die Voraussetzungen für das Bestehen der Prüfung sind vorab festzulegen. Vor der erstmaligen Durchführung einer Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren ist dem zuständigen Prüfungsausschuss von den Prüferinnen und Prüfern eine Beschreibung der Prüfung vorzulegen, aus der sich die Eignung gemäß Satz 3 ergibt. Ferner sind für jede Prüfung

- die ausgewählten Fragen,
- die Musterlösung und
- das Bewertungsschema

bei der oder dem Prüfungsausschussvorsitzenden zu hinterlegen. Die Prüfung ist bestanden, wenn die Kandidatin oder der Kandidat mindestens die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestprozentzahl der insgesamt erreichbaren Punkte erzielt. Diese Mindestprozentzahl ist

konstant gleich der Bestehensgrenze, falls die durchschnittliche Prüfungsleistung aller Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer (in Prozent) den Wert der Bestehensgrenze nicht unterschreitet. Falls die durchschnittliche Prüfungsleistung diesen Wert jedoch unterschreitet, wird die erforderliche Mindestprozentzahl festgelegt als Summe des klausurspezifischen Bonus und der mit dem klausur-spezifischen Faktor multiplizierten durchschnittlichen prozentualen Prüfungsleistung aller Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Der klausurspezifische Bonus ist das statistisch zu erwartende Prüfungsergebnis (in Prozent), wenn die Multiple-Choice-Fragen der Prüfung von der Kandidatin oder dem Kandidaten bei optimaler Strategie rein zufällig ausgefüllt werden. Der klausurspezifische Faktor ist gleich der Differenz von Eins und dem Verhältnis des klausurspezifischen Bonus zur Bestehensgrenze. Wurde die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestpunktzahl erreicht, so lautet die Note

„sehr gut“, wenn mindestens 75 Prozent,

„gut“, wenn mindestens 50 aber weniger als 75 Prozent,

„befriedigend“, wenn mindestens 25 aber weniger als 50 Prozent,

„ausreichend“, wenn keine oder weniger als 25 Prozent

der über die Mindestpunktzahl hinausgehenden Punkte erreicht worden sind. Es wird empfohlen, Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren nur dann durchzuführen, wenn die Anzahl der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer sowie die Anzahl der Prüfungsfragen 30 nicht unterschreitet, und sie so zu gestalten, dass der klausurspezifische Bonus den Wert 20 Prozent nicht überschreitet. Nach einer nichtbestandenen zweiten Wiederholung einer Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren findet eine mündliche Ergänzungsprüfung statt. Diese Ergänzungsprüfung ist grundsätzlich als Einzelprüfung abzuhalten und soll zwischen 15 und 45 Minuten dauern; sie ist zeitnah durchzuführen. Bei der mündlichen Ergänzungsprüfung wird lediglich darüber entschieden, ob die Kandidatin oder der Kandidat die Note 4,0 oder schlechter erhält. Eine mündliche Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn die Kandidatin oder der Kandidat an mindestens einer der Prüfungen nicht teilgenommen hat oder wenn die Bewertung „nicht ausreichend“ auf § 19 Abs. 3 beruht.

c) Qualifikationsmerkmale:

Nachweis der erforderlichen Fähigkeiten für ein erfolgreiches Studium im Masterstudiengang "Quantitative Decision Making in Economics and Management". Dies umfasst fachliches Grundwissen, insbesondere Kenntnisse der mathematisch-statistischen Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften sowie Kenntnisse grundlegender mikroökonomischen Konzepte. Teilgebiete und Gegenstände des Tests:

aa) Fundierte Kenntnisse

- der Analysis (Funktionen in einer und mehreren Veränderlichen, Differentiation, Extremwertprobleme mit und ohne Nebenbedingungen, Integration),
- der Linearen Algebra (Matrixnotation, Matrixoperationen, lineare Gleichungssysteme),
- der Stochastik (Wahrscheinlichkeitstheorie, Kombinatorik, Konvergenzen (Zentraler Grenzwertsatz, Gesetz der großen Zahlen)),
- über Algorithmen (Aufbau, Kontrollstrukturen, Datentypen, Lesen und Entwerfen einfacher Algorithmen), Graphentheorie und
- mikroökonomische Konzepte der strategischen Interaktion, der nicht-kooperativen Spieltheorie sowie der Informationsökonomik.

bb) Vertiefte Kenntnisse

- der Deskriptiven Statistik (Statistische Merkmale, Maßzahlen für statistische Verteilungen, Zweidimensionale Verteilungen, lineare Regression, Zeitreihen),
- der Induktiven Statistik (Punkt-/Intervallschätzung, Testen),
- der Multiplen Linearen Regressionsanalyse (Voraussetzungen, Schätzen, Testen und Interpretation) und
- der grundlegenden mikroökonomischen Konzepte (Angebot & Nachfrage, Kosten & Erlöse, Präferenzen & Nutzenfunktionen, Produktionsfunktion, Marktmodelle).

d) Bewertung:

aa) Für die Bewertung des Tests werden folgende Noten verwendet:

1,0; 1,3	=	sehr gut	=	Eine hervorragende Leistung,
1,7; 2,0; 2,3	=	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt,
2,7; 3,0; 3,3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
3,7; 4,0	=	ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt,
5,0	=	nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

bb) Der Test ist bestanden, wenn er mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde.

e) Dauer: 90 Minuten

f) Termine: Der Test wird einmal jährlich angeboten. Der Termin wird rechtzeitig, spätestens aber drei Monate vor dem Testtermin auf den Internetseiten des Fachbereichs Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bekannt gegeben. Eine Anmeldung zum Test ist erforderlich; die Frist endet eine Woche vor dem Testtermin.

g) Gültigkeit: 2 Jahre

h) Sprache: Englisch

i) Wiederholung: Der Test kann wiederholt abgelegt werden. Eine Notenverbesserung ist möglich.“

Artikel 2

1. Diese 5. Satzung zur Änderung der Auswahlsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Kraft.

2. Die Regelungen gemäß Nr. 2 gelten erstmals für das Auswahlverfahren zum Wintersemester 2022/23.

Mainz, den 12. Januar 2022

Der Präsident
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Univ.-Prof. Dr. Georg K r a u s c h

**6. Ordnung zur Änderung
der Teil-Rahmenprüfungsordnung
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
für die Durchführung eines vorwiegend digitalen Semesters**

Vom 07.02.2022

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und § 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 des Hochschulgesetz (HochSchG) in der Fassung vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461, BS 223-41), zuletzt geändert durch § 31 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (GVBl. S. 719), BS 223-41 hat der Senat der Johannes Gutenberg – Universität Mainz am 28.01.2022 die folgende Ordnung zur Änderung der Ordnung der Teil-Rahmenprüfungsordnung der Johannes Gutenberg -Universität Mainz für die Durchführung eines vorwiegend digitalen Semesters (Corona-Satzung) beschlossen. Diese Ordnung hat der Präsident der Johannes Gutenberg Universität-Mainz mit Schreiben vom 07.02.2022, Az: 03/01/23/02/00-006 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Artikel 1

Die Teil-Rahmenprüfungsordnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Durchführung eines vorwiegend digitalen Semesters vom 8. Juni 2020 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg Universität-Mainz, Nr. 05/2020, S. 265), zuletzt geändert durch Ordnung vom 23. Juli 2021 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Nr. 09/2021, S. 242) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Nr. 4 wird die Semesterangabe „oder im Wintersemester 2021/22“ durch die Semesterangabe „im Wintersemester 2021/22 oder im Sommersemester 2022“ ersetzt.

b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 1 Satz 1 wird die Semesterangabe „im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/21 oder im Sommersemester 2021“ durch die Semesterangabe „im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/21, im Sommersemester 2021 oder im Wintersemester 2021/22“ ersetzt.

bb) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„Für Erfolgskontrollen gemäß § 18 der Studienordnung für den Studiengang Humanmedizin an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 18. Juli 2011 i.d.a.F. sowie Erfolgskontrollen im Studiengang Zahnmedizin gemäß § 15 der Studienordnung vom 7. September 2010 oder gemäß § 18 der Studienordnung vom 10. September 2021, die im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/21, im Sommersemester 2021 oder im Wintersemester 2021/22 abgelegt und nicht bestanden wurden, wird jeweils ein zusätzlicher Wiederholungsversuch gewährt.“

cc) In Nr. 3 Satz 1 wird die Semesterangabe „im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/21 oder im Sommersemester 2021“ durch die Semesterangabe „im

Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/21, im Sommersemester 2021 oder im Wintersemester 2021/22“ ersetzt.

2. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Semesterangabe „und zum Sommersemester 2022“ durch die Semesterangabe „zum Sommersemester 2022 und zum Wintersemester 2022/23“ ersetzt.

b) In Absatz 3 Satz 1 wird der Halbsatz „Für den Fall der abweichenden Regelung gemäß Absatz 1, die von dem Dekan für das Bewerbungsverfahren zum Wintersemester 2022/23 bis zum 23. Mai 2022 gemäß Absatz 2 bekanntgegeben werden muss, wird“ vorangestellt und das Wort „wird“ gestrichen.

c) In Absatz 4 Satz 1 wird der Halbsatz „Für den Fall der abweichenden Regelung gemäß Absatz 1, die von dem Dekan für das Bewerbungsverfahren zum Wintersemester 2022/23 bis zum 30. Mai 2022 gemäß Absatz 2 bekanntgegeben werden muss, wird“ vorangestellt und das Wort „wird“ gestrichen.

d) In Absatz 5 werden nach dem Datum „31. März 2022“ die Wörter „und für das Bewerbungsverfahren zum Wintersemester 2022/23 bis zum 12. August 2022“ eingefügt.

e) In Absatz 6 Satz 1 werden nach dem Datum „15. Dezember 2021“ die Wörter „und für das Bewerbungsverfahren zum Wintersemester 2022/23 bis zum 20. April 2022“ eingefügt.

f) In Absatz 7 Satz 1 werden nach dem Datum „15. Dezember 2021“ die Wörter „und für das Bewerbungsverfahren zum Wintersemester 2022/23 bis zum 15. Mai 2022“ eingefügt.

g) In Absatz 8 Satz 1 werden nach dem Datum „15. Dezember 2021“ die Wörter „und für das Bewerbungsverfahren zum Wintersemester 2022/23 bis zum 15. Mai 2022“ eingefügt.

h) In Absatz 9 Satz 1 wird der Halbsatz „Für den Fall der abweichenden Regelung gemäß Absatz 1, die von dem Dekan für das Bewerbungsverfahren zum Wintersemester 2022/23 bis zum 30. Mai 2022 gemäß Absatz 2 bekanntgegeben werden muss, wird“ vorangestellt und das Wort „wird“ gestrichen.

3. § 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Diese Satzung tritt zum 30.09.2022 außer Kraft.“

Artikel 2

Diese Änderung der Teil-Rahmenprüfungsordnung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Durchführung eines vorwiegend digitalen Semesters tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Mainz, den 07.02.2022

Univ.-Prof. Dr. Georg K r a u s c h

Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

**Fünfzehnte Ordnung
zur Änderung der Ordnung für die Zulassung und Einschreibung von
Studienbewerberinnen und Studienbewerbern an der Johannes Gutenberg-Universität
Mainz
(Einschreibeordnung)**

vom 2. Februar 2022

Aufgrund des § 76 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 7 Abs. 2 Nr. 1 und § 67 Abs. 3 des Hochschulgesetzes in der Fassung vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2021 (GVBl. S. 453), BS 223-41, hat der Senat der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 28. Januar 2022 die nachfolgende Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Zulassung und Einschreibung von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Einschreibeordnung) vom 10. Juli 2008 (Verwaltungsmitteilung Nr. 18/2008 vom 10. Juli 2008), zuletzt geändert durch die Vierzehnte Änderungsordnung vom 1. Dezember 2021, Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Nr. 13/2021, S. 528), beschlossen. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Artikel 1

Die Ordnung für die Zulassung und Einschreibung von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Einschreibeordnung) vom 10. Juli 2008, zuletzt geändert durch die Vierzehnte Änderungsordnung vom 1. Dezember 2021 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Nr. 13/2021, S. 528), wird wie folgt geändert:

§ 20 Abs. 2 und 3 erhalten die folgende Fassung:

„(2) Eine Aufhebung der Einschreibung erfolgt, unbeschadet der Regelung in Absatz 3, mit Wirkung zum letzten Tag des laufenden Semesters. Wird die Aufhebung der Einschreibung von der oder dem Studierenden beantragt, muss der Antrag auf Aufhebung der Einschreibung spätestens am letzten Tag des Semesters vollständig vorliegen, in dem die Exmatrikulation erfolgen soll. Die Hochschule bestimmt, welche Unterlagen mit dem Antrag auf Aufhebung der Einschreibung vorzulegen sind. Bereits für die Rückmeldung zum Folgesemester entrichtete Semesterbeiträge sowie gegebenenfalls für das Folgesemester entrichtete Studiengebühren werden erstattet. Sofern die oder der Studierende aufgrund einer erfolgten Rückmeldung das Semesterticket für das Folgesemester bereits erhalten hat, setzt die Rückerstattung die Rückgabe des Semestertickets für das betreffende Sommersemester bis zum 30. April oder für das betreffende Wintersemester bis zum 31. Oktober voraus. In begründeten Ausnahmefällen kann die Frist zur Rückgabe des Semestertickets verlängert werden.

(3) Abweichend von Absatz 2 Satz 1 kann die Aufhebung der Einschreibung in begründeten Einzelfällen auf Antrag der oder des Studierenden mit sofortiger Wirkung erfolgen. Ab dem Zeitpunkt der Exmatrikulation erlischt die Mitgliedschaft an der Hochschule gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2. Der oder die Studierende ist verpflichtet, unverzüglich hochschulinterne und hochschulexterne Einrichtungen über die damit verbundene Änderung ihres oder seines Studierendenstatus zu unterrichten. Fach- und Hochschulsemester zählen für das laufende

Semester weiter. Der Semesterbeitrag sowie gegebenenfalls entrichtete Studiengebühren werden erstattet, sofern für das betreffende Sommersemester bis zum 30. April oder für das betreffende Wintersemester bis zum 31. Oktober die Exmatrikulation beantragt und das Semesterticket zurückgegeben wird. In begründeten Ausnahmefällen kann die Frist zur Rückgabe des Semestertickets verlängert werden. Weitere Voraussetzung für die Rückerstattung ggf. entrichteter Studiengebühren ist, dass für das betreffende Sommersemester im Zeitraum vom 01. bis 30. April oder für das betreffende Wintersemester im Zeitraum vom 01. bis 31. Oktober kein Prüfungsversuch unternommen wurde.“

Artikel 2

Diese Ordnung zur Änderung der Einschreibeordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Kraft.

Mainz, den 2. Februar 2022

Univ.-Prof. Dr. Georg K r a u s c h

Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

**Organisationsregelung
für die wissenschaftliche Einrichtung
Institut für Film-, Theater-, Medien- und Kulturwissenschaft
im Fachbereich 05 – Philosophie und Philologie
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz**

Aufgrund der §§ 90, 91 und 76 Abs. 2 Ziff. 7 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz (HochSchG) vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2021 (GVBl. S. 453), BS 223-41, hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs Philosophie und Philologie die nachfolgende Organisationsregelung beschlossen. Die Beschlussfassung des Senats erfolgt nach Maßgabe des Senatsbeschlusses vom 17.12.2021.

Inhaltsübersicht

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Aufgaben
- § 3 Angehörige
- § 4 Leitung
- § 5 Mitglieder des Leitungskollegiums
- § 6 Amtszeit und Wahl
- § 7 Aufgaben des Leitungskollegiums
- § 8 Geschäftsführende Leiterin oder Geschäftsführender Leiter
- § 9 Aufgaben der Geschäftsführenden Leiterin oder des Geschäftsführenden Leiters
- § 10 Unterstützung des Leitungskollegiums
- § 11 Einrichtungsversammlung
- § 12 Sitzungen und Beschlussfassung des Leitungskollegiums
- § 13 Anhörung und Vortrag
- § 14 Inkrafttreten

**§ 1
Geltungsbereich**

Diese Organisationsregelung gilt für die wissenschaftliche Einrichtung „Institut für Film-, Theater-, Medien- und Kulturwissenschaft“ (FTMK) im Fachbereich 05 – Philosophie und Philologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU).

**§ 2
Aufgaben**

Das FTMK dient mit seinen Forschungs- und Lehrbereichen (in alphabetischer Reihenfolge):

1. Alltagsmedien und Digitale Kulturen
2. Filmwissenschaft
3. Kulturanthropologie/Volkskunde
4. Mediendramaturgie
5. Medienkulturwissenschaft
6. Theaterwissenschaft

der Forschung, der Lehre und dem Studium sowie der Fort- und Weiterbildung.

§ 3 Angehörige

Angehörige des FTMK sind alle durch den Stellenplan oder anderweitig ihm zugeordneten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer¹, akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung sowie die Studierenden der Fächer Kulturanthropologie/Volkskunde, Theaterwissenschaft und Filmwissenschaft/Mediendramaturgie im Hauptfach des Bachelorstudiengangs im Integrierten Studienbereich „Kultur Theater Film“ im Kernfach und der Masterstudiengänge Kulturanthropologie/Volkskunde, Theaterwissenschaft, Filmwissenschaft/Mediendramaturgie und Medienkulturwissenschaft.

§ 4 Leitung

Die Einrichtung wird kollegial und befristet geleitet (Leitungskollegium).

§ 5 Mitglieder des Leitungskollegiums

Dem Leitungskollegium gehören

- a) jeweils eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer aus jedem Forschungs- und Lehrbereich gemäß § 2 sowie eine weitere Hochschullehrerin oder ein weiterer Hochschullehrer aus einem der sechs Forschungs- und Lehrbereiche,
- b) zwei Studierende,
- c) drei akademische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter und
- d) eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter aus Technik und Verwaltung

stimmberechtigt an.

Ändert sich die Anzahl der Mitglieder der dem Leitungskollegium angehörenden Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer ist die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder der übrigen Gruppen so anzupassen, dass die Mehrheit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gewährleistet ist.

§ 6 Amtszeit und Wahl

- (1) Die Amtszeit der studentischen Mitglieder des Leitungskollegiums beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre.
- (2) Die studentischen Mitglieder werden auf Grund des Vorschlags der zuständigen Fachschaften (Fachschaftsräte), die übrigen Mitglieder jeweils auf Grund von Vorschlägen aus dem Kreis der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Technik und Verwaltung vom Fachbereichsrat bestellt.

¹ Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren.

§ 7

Aufgaben des Leitungskollegiums

- (1) Das Leitungskollegium berät und entscheidet in Angelegenheiten des FTMNK von grundsätzlicher Bedeutung. Die Leitung hat insbesondere
 - a) die dem FTMK zugewiesenen Stellen und Mittel zu verteilen,
 - b) über die Aufgaben und Zuordnung der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung sowie der studentischen Hilfskräfte zu befinden,
 - c) über die Vorschläge für die Besetzung von Stellen für akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung sowie der studentischen Hilfskräfte zu beschließen. Ist die Stelle dem Aufgabenbereich einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers oder einer bzw. eines Angehörigen des sonstigen wissenschaftlichen Personals zugewiesen, bedarf es deren bzw. dessen Zustimmung.
 - d) den Lehrbetrieb zu organisieren sowie bei der Erarbeitung von Prüfungsordnungen und Studienpläne mitzuwirken.

Soweit Personal- und Sachmittel nicht dem Aufgabenbereich einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers oder einer bzw. eines Angehörigen des sonstigen akademischen Personals zugeordnet werden, verfügt hierüber die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter nach pflichtgemäßem Ermessen.

- (2) Zusagen aus Berufungsvereinbarungen und Bleibeverhandlungen sowie die Zuständigkeiten anderer Stellen bleiben unberührt.
- (3) Anträge auf Drittmittelförderung, für die Mittel des FTMK in Anspruch genommen werden sollen, bedürfen der Zustimmung des Leitungskollegiums.

§ 8

Geschäftsführende Leiterin oder Geschäftsführender Leiter

Das Leitungskollegium wählt aus seiner Mitte eine Universitätsprofessorin oder einen Universitätsprofessor zur Geschäftsführenden Leiterin oder zum Geschäftsführenden Leiter sowie eine stellvertretende geschäftsführende Leiterin oder einen stellvertretenden geschäftsführenden Leiter in der Regel für drei Jahre. Die Wahl einer Stellvertretung ist zulässig.

§ 9

Aufgaben der Geschäftsführenden Leiterin oder des Geschäftsführenden Leiters

- (1) Die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter vertritt das FTMK nach außen. Die Vorschrift des § 80 Abs. 1 Satz 1 HochSchG bleibt unberührt. Die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter sitzt dem Leitungskollegium vor.
- (2) Die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter übt das Hausrecht entsprechend der Delegation des Präsidenten aus.

- (3) Die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter ist Vorgesetzte oder Vorgesetzter des Personals des FTMK, soweit es nicht anderweitig zugeordnet ist.
- (4) Im Übrigen ergeben sich die Aufgaben der Geschäftsführenden Leiterin oder des Geschäftsführenden Leiters aus den Bedürfnissen des FTMK im Einzelfall. Auf die "Hinweise für ergänzende Aufgaben der Geschäftsführenden Leiterin oder des Geschäftsführenden Leiters" wird aufmerksam gemacht.
- (5) Die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter kann in dringenden, unaufschiebbaren Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Leitungskollegiums fallen, vorläufige Entscheidungen treffen oder vorläufige Maßnahmen ergreifen. Das Leitungskollegium ist unverzüglich zu unterrichten; dieses kann die vorläufige Entscheidung der Maßnahme aufheben, außer wenn sie aus Rechtsgründen geboten war oder durch ihre Ausführung bereits Rechte Dritter entstanden sind.

§ 10

Unterstützung des Leitungskollegiums

Alle Angehörigen des FTMK sind verpflichtet, im Bedarfsfalle das Leitungskollegium bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.

§ 11

Einrichtungsversammlung

Das Leitungskollegium informiert in regelmäßigen Abständen und nach Bedarf alle Angehörigen des FTMK über das FTMK betreffende Fragen von allgemeinem Interesse und nimmt Anregungen entgegen.

Die Einrichtungsversammlung wird von der Geschäftsführenden Leiterin oder dem Geschäftsführenden Leiter einberufen und geleitet. Mindestens sieben Angehörige des FTMK können die Einberufung einer solchen Versammlung verlangen.

§ 12

Sitzungen

und Beschlussfassung des Leitungskollegiums

- (1) Die Sitzungen des Leitungskollegiums finden regelmäßig und nach Bedarf statt. Beantragen zwei Mitglieder des Leitungskollegiums dessen Einberufung, muss die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter innerhalb einer Woche nach Eingang des Antrags zu einer Sitzung laden. Diese muss innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Antrags stattfinden.
- (2) Das Leitungskollegium soll nach Möglichkeit seine Beschlüsse einvernehmlich fassen. Kommt ein einvernehmlicher Beschluss nicht zustande, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Geschäftsführenden Leiterin oder des Geschäftsführenden Leiters, wenn offen abgestimmt wird; sonst gilt Stimmgleichheit als Ablehnung.

§ 13
Anhörungen und Vortrag

- (1) Vor Entscheidungen, die geeignet sind, in Rechte der Angehörigen des FTMK einzugreifen, ist diesen Gelegenheit zur Anhörung zu geben.
- (2) Alle Angehörigen des FTMK haben das Recht, sie persönlich betreffende Angelegenheiten oder Fragen ihrer Arbeitsbedingungen der Geschäftsführenden Leiterin oder dem Geschäftsführenden Leiter vorzutragen.

§ 14
Inkrafttreten

Die Organisationsregelung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Veröffentlichungsblatt der JGU in Kraft. Gleichzeitig tritt die Organisationsregelung vom 2. Februar 2018 außer Kraft.

Mainz, den 27. Januar 2022

Universitätsprofessor
Dr. Georg Krausch
- Präsident -

**Hinweise
für ergänzende Aufgaben
der Geschäftsführenden Leiterin oder des Geschäftsführenden Leiters**

Die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter nimmt folgende Aufgaben wahr:

1. Aufstellung eines Geschäftsverteilungsplans für die Einrichtung im Benehmen mit der Dekanin oder dem Dekan und den betroffenen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern,
2. Information der Dekanin oder des Dekans über den Schriftverkehr der Einrichtung in allen wesentlichen Angelegenheiten mit Organen und Gremien und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten. Der Schriftverkehr an das Präsidium erfolgt über die Dekanin oder den Dekan; der Schriftverkehr an Dienststellen der Landesregierung erfolgt über die Dekanin oder den Dekan und über das Präsidium.
3. Organisation der Studienberatung,
4. Organisation der Entgegennahme der Urlaubsanträge der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung der Einrichtung und gegebenenfalls befürwortende Weiterleitung an die Personalabteilung der JGU nach Einholung des Einverständnisses der Vorgesetzten oder des Vorgesetzten. Die Befürwortung kann verweigert werden, wenn andernfalls die Funktionsfähigkeit der Einrichtung nicht gewährleistet werden kann. Es ist eine Urlaubsliste zu führen.
5. Organisation der Entgegennahme der Krankmeldungen (Veränderungsanzeigen) der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung und Weiterleitung an die Personalabteilung der JGU.

**Organisationsregelung
für das Forschungszentrum
für Immuntherapie
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
vom
1. Februar 2022**

Aufgrund des § 12 Abs. 2 i.V.m. § 76 Abs. 2 Ziff. 12 des Hochschulgesetzes Rheinland-Pfalz (HochSchG) vom 23. September 2020 (GVBl S. 461), zuletzt geändert durch § 31 des Gesetzes vom 17.12.2020 (GVBl. S. 179), hat der Senat der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 28.01.2022 die nachfolgende Organisationsregelung beschlossen.

Inhaltsübersicht

- § 1 Aufgaben
- § 2 Mitglieder
- § 3 Organe
- § 4 Mitgliederversammlung
- § 5 Leitungsgremium
- § 6 Aufgaben des Leitungsgremiums
- § 7 Sprecher, Exekutivkomitee
- § 8 Task Forces
- § 9 Core Facilities
- § 10 Inkrafttreten

**§ 1
Geltungsbereich**

Diese Organisationsregelung gilt für das Forschungszentrum für Immuntherapie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

**§ 2
Aufgaben**

- (1) Das Forschungszentrum für Immuntherapie (FZI) vereinigt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Medizin, Biologie und Chemie der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) mit Expertise in klinisch- und grundlagenorientierter immunologischer Forschung, um basierend auf einem besseren Verständnis immunologischer Grundlagen Therapien zur Behandlung von Erkrankungen, in deren Pathogenese das Immunsystem von Bedeutung ist, zu entwickeln.
- (2) Das ZFI hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) der Vernetzung interdisziplinär in der immunologischen Forschung arbeitender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler,
 - b) der Verbesserung der internationalen Sichtbarkeit und wissenschaftlichen Exzellenz ihrer Arbeit,
 - c) der Koordination und Unterstützung interdisziplinärer Projekte,
 - d) der Einwerbung kooperativer Drittmittel,
 - e) der Bereitstellung von Infrastrukturen in Form von Core Facilities und
 - f) der Graduierten- und Nachwuchsförderung.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Grundsätzlich ist die Arbeit in den in § 2 Abs.1 beschriebenen Bereichen der immunologischen Forschung Voraussetzung für die Mitgliedschaft im FZI.
- (2) Die Mitgliedschaft im FZI erfordert
 - a) in der Regel neben der Promotion eine wissenschaftliche Mitarbeit in einem Gruppenförderinstrument der JGU oder einem kompetitiv eingeworbenen drittmittelgeförderten Einzelprojekt mit immunologischer Ausrichtung. Bei klinisch forschenden Ärztinnen und Ärzten können auch unabhängige klinische Studien (investigator initiated clinical trials) als Kriterien zur Aufnahme in das FZI berücksichtigt werden.
 - b) sowie die aktive Mitwirkung an den Zielen und Strukturen des FZI. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des FZI sollen sich daher für mindestens zwei der „FZI Task Forces“ registrieren und in diesen aktiv mitarbeiten. Darüber hinaus können sie die Gründung neuer Task Forces anregen.
- (3) Über die Mitgliedschaft entscheidet das Leitungsgremium, § 6.
- (4) Die Mitgliedschaft erlischt:
 - a) mit Auflösung des FZI,
 - b) mit Ausscheiden aus der Universitätsmedizin bzw. der JGU,
 - c) mit schriftlich gegenüber dem Leitungsgremium einzureichender Austrittserklärung des Mitglieds oder
 - d) durch Ausschluss des Mitglieds auf Beschluss des Leitungsgremiums.
- (5) Der Ausschluss eines Mitgliedes ist aus sachlichem Grund zulässig. Ein solcher liegt insbesondere dann vor, wenn das betreffende Mitglied in grober Weise und beharrlich gegen seine Mitgliedspflichten verstößt.
- (6) Eine Mitgliedschaft im FZI berechtigt zur Nutzung der FZI-Core Facilities, so lange es die finanzielle Situation des FZI zulässt.
- (7) Die Mitgliedschaft im FZI verpflichtet zur regelmäßigen Teilnahme an durch das FZI organisierten Veranstaltungen.
- (8) Die Mitglieder verpflichten sich zur Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis.
- (9) Die Mitglieder verpflichten sich, in wissenschaftlichen Publikationen ihre Zugehörigkeit zum FZI gemäß den Vorgaben des Leitungsgremiums anzugeben.
- (10) Ehemalige FZI-Mitglieder können als assoziierte Mitglieder dem FZI weiterhin verbunden bleiben. Assoziierte Mitglieder können sich freiwillig in Task Forces einbringen und an allen FZI Aktivitäten teilnehmen, jedoch nicht die finanziellen Ressourcen des FZI mitnutzen.

§ 4 Mitgliederversammlung

- (1) Alle Mitglieder bilden die Mitgliederversammlung.

- (2) Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt.
- (3) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Beschlussfassung über den Erlass und die Änderung der Satzung des FZI mit einfacher Mehrheit,
 - b) Wahl der Vertreterinnen und Vertreter aus den Gruppen der W2-Professorinnen und -Professoren, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler und Core-Facility-Leiterinnen und -Leiter als Mitglieder des FZI-Leitungsgremiums,
 - c) Unterbreiten von Vorschlägen an das Leitungsgremium zu strategischen und organisatorischen Aspekten, zur Etablierung von Gruppenförderinstrumenten und zur Weiterentwicklung des FZI sowie
 - d) Unterbreiten von Vorschlägen an das Leitungsgremium für Maßnahmen zur Sicherung der wissenschaftlichen Exzellenz, der internationalen Sichtbarkeit und der öffentlichen Darstellung des FZI sowie von Maßnahmen zur Nachwuchsförderung und zur Förderung der Gleichstellung.

§ 5 Leitungsgremium

- (1) Das FZI wird durch ein Leitungsgremium vertreten, das sich wie folgt zusammensetzt:
 - a) Mit Stimmrecht im Leitungsgremium:
 - i. die Sprecherinnen und Sprecher bzw. stellvertretenden Sprecherinnen und Sprecher der Sonderforschungsbereiche am Standort mit immunologischer Ausrichtung,
 - ii. die Sprecherinnen und Sprecher bzw. stellvertretenden Sprecherinnen und Sprecher der Transregio-Sonderforschungsbereiche mit immunologischer Ausrichtung, bei denen Mainz ein Partnerstandort ist,
 - iii. die Direktorinnen und Direktoren von Kliniken oder Instituten, deren Forschung primär immunologisch ausgerichtet ist,
 - iv. eine Vertreterin oder ein Vertreter aus der Gruppe der W2-Professorinnen und -Professoren,
 - v. eine Vertreterin oder ein Vertreter aus der Gruppe der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler und Arbeitsgruppenleiterinnen und Arbeitsgruppenleiter sowie
 - vi. eine Vertreterin oder ein Vertreter aus der Core Facilities.
 - b) Mit beratender Stimme:
 - i. die Koordinatorin oder der Koordinator des FZI,
 - ii. die Vertreterinnen und Vertreter externer Organisationen,
 - iii. der Vizepräsident für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der JGU sowie
 - iv. der Wissenschaftliche Vorstand der Universitätsmedizin (UM).
- (2) Das Leitungsgremium kann sich um weitere Mitglieder ergänzen, die vom FZI-Leitungsgremium jeweils für zwei Jahre mit einfacher Mehrheit gewählt werden. Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Die Vertreterinnen und Vertreter der unter Abs.1 a) iv-v genannten Gruppen werden auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt.
- (4) Mitglieder der entscheidungsgebenden Gremien anderer Forschungsschwerpunkte der UM können nicht gleichzeitig Mitglied des Leitungsgremiums des FZI sein.

- (5) Es wird erwartet, dass die stimmberechtigten Mitglieder des Leitungsgremiums an mindestens 2/3 der Sitzungen innerhalb eines Jahres teilnehmen. Sollte dies über den Zeitraum von 1 Jahr ohne hinreichenden Grund nicht der Fall sein, ruht die Mitgliedschaft im FZI- Leitungsgremium solange, bis das FZI Leitungsgremium mit Mehrheitsbeschluss die Wiedereinsetzung des Leitungsgremiumsmitglieds beschließt.
- (6) Das Leitungsgremium kann ein Beratergremium einrichten, welches die Leitung des FZI strategisch berät. Diesem Beratergremium können namhafte Immunologen anderer Fakultäten und/oder Leiterinnen und Leiter von anderen Forschungsinstitutionen mit Forschungsbezug zum FZI angehören.
- (7) Das Leitungsgremium wird bei der Bewältigung seiner Aufgaben durch eine Geschäftsstelle unterstützt. Über die Besetzung der Geschäftsstelle entscheidet das Exekutivkomitee des FZI.

§ 6 Aufgaben des Leitungsgremiums

Zu den Aufgaben des Leitungsgremiums gehören insbesondere:

- a) Die Überwachung und Verwaltung der dem Forschungsschwerpunkt zugewiesenen Ressourcen und Sachmittel sowie die Personalangelegenheiten,
- b) die Verabschiedung des Ausgabenplans sowie die Genehmigung des Mittelverwendungsnachweises,
- c) die Beschlussfassung über die Mitgliedschaft im Leitungsgremium. Das Leitungsgremium kann mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder die Aufnahme weiterer Mitglieder in das Leitungsgremium beschließen,
- d) die Beschlussfassung über die Mitgliedschaft im FZI. Das Leitungsgremium kann mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder die Aufnahme weiterer Mitglieder in das FZI beschließen. Ebenso kann das Leitungsgremium mit dreiviertel Mehrheit seiner Mitglieder den Ausschluss von Mitgliedern aus dem FZI beschließen,
- e) die Entscheidung über die strategische Ausrichtung des FZI,
- f) die Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der wissenschaftlichen Exzellenz, der internationalen Sichtbarkeit und der öffentlichen Darstellung des FZI, sowie von Maßnahmen zur Nachwuchsförderung und zur Förderung der Gleichstellung,

§ 7 Sprecher, Exekutivkomitee

- (1) Das Leitungsgremium wählt aus seiner Mitte zwei Sprecherinnen oder Sprecher (je einen aus der Gruppe der patientenführenden und der nicht patientenführenden Einrichtungen) und zwei Vertreterinnen oder Vertreter mit einfacher Mehrheit. Sie bilden das Exekutivkomitee. Das Exekutivkomitee repräsentiert das FZI bei allen offiziellen Anlässen und steht als direkter Ansprechpartner zur Verfügung. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre, eine Wiederwahl ist zulässig. Als Sprecherinnen oder Sprecher können nur Personen gewählt werden, die Mitglieder des Fachbereichsrats sind bzw. berechtigt sind, an dessen Sitzungen teilzunehmen.
- (2) Die Sprecherinnen oder Sprecher werden durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch eine Koordinatorin oder einen Koordinator geleitet wird.
- (3) Jedes Mitglied des Leitungsgremiums ist berechtigt, an den Sitzungen des Exekutivkomitees teilzunehmen.

- (4) Das Exekutivkomitee hat folgende Aufgaben:
- a) Verwaltung der dem Forschungsschwerpunkt zugewiesenen Ressourcen sowie seiner Personal- und Sachmittel. Hierfür legen die Exekutivkomitee dem Leitungsgremium einmal jährlich einen Ausgabenplan und einen Verwendungsnachweis für die verwendeten Mittel vor. Unvorhergesehene (im Mittelverwendungsplan nicht aufgeführte) Ausgaben von mehr als 20.000 € werden dem Leitungsgremium zur Abstimmung vorgelegt,
 - b) Vorlage eines jährlichen Rechenschaftsberichts an das Präsidium der JGU über die Arbeit des Schwerpunkts und Erstellung einer wissenschaftlichen Planung für die Weiterentwicklung des Forschungsschwerpunkts entsprechend den Festsetzungen der Zielvereinbarung,
 - c) Konzeption der strategischen Ausrichtung des FZI,
 - d) Organisation regelmäßiger Zusammenkünfte der Mitglieder des FZI, bei der die beteiligten Arbeitsgruppen aus ihrer Forschung berichten sowie
 - e) Beratung des Präsidiums sowie des Vorstands der UM bei Stellenanforderungen und Berufungen in relevanten Fächern.

§ 8 Task Forces

- (1) Das FZI bildet Task Forces, welche sich mit wissenschaftlichen, strukturellen und organisatorischen Themenbereichen beschäftigen. Mitglieder des FZI, die nicht dem Leitungsgremium angehören, verpflichten sich, an mindestens zwei Task Forces mitzuarbeiten.
- (2) Die Task Forces organisieren sich hinsichtlich der Forschungsgebiete des FZI. Sie sollen sich jeweils mindestens viermal pro Jahr treffen, um sich untereinander zu vernetzen und Strategien für die Einwerbung gemeinsamer Gruppenförderinstrumente zu entwickeln. Fixe Task Force Themen sind:
 - a) Koordinierte Forschungsprogramme,
 - b) Rekrutierungen,
 - c) Core Facilities,
 - d) Vernetzung klinischer und grundlagenwissenschaftlicher Forschung/ IIT Planung,
 - e) Öffentlichkeitsarbeit sowie
 - f) Lehre
- (3) Die Themen der flexiblen Task Forces können nach Bedarf neu definiert werden. Task-Force-Mitglieder können auf Einladung des Leitungsgremiums themenbezogen an den Treffen des Leitungsgremiums teilnehmen. Hierbei können die Task Forces Themen für die entsprechenden Sitzungen vorschlagen. Jede Task Force sollte von einer Person koordiniert werden. Diese berichtet bei Bedarf dem Leitungsgremium.

§ 9 Core Facilities

Das FZI betreibt verschiedene Technologieplattformen, welche in ihrer Zusammensetzung den aktuellen Gegebenheiten, wie finanzieller Ausstattung des FZI und Bedarf vor allem im Rahmen von Gruppenförderinstrumenten, entsprechen. Die Core Facilities sind berechtigt Rechnungen zu stellen, wobei Mitglieder des FZI die Leistungen vergünstigt nutzen können, wenn es die finanzielle Situation des FZI zulässt. Die Zustimmung der Sprecherinnen oder Sprecher des FZI ist erforderlich, wenn Core Facilities über Nutzerumlagen Investitionen von mehr als 2.000 Euro

tätigen wollen. Über Investitionen aus Nutzerumlagen der Core Facilities, die unter diesem Betrag liegen, entscheiden die Core Facility Manager.

**§ 10
Inkrafttreten**

Diese Organisationsregelung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Veröffentlichungsblatt der JGU in Kraft. Gleichzeitig tritt die Organisationsregelung des FZI vom 13.08.2008 außer Kraft.

Mainz, den 1. Februar 2022

Universitätsprofessor
Dr. Georg Krausch
- Präsident -

**Berichtigung der Zweiten Ordnung zur Änderung der Ordnung des Fachbereichs 09
der Johannes Gutenberg Universität Mainz
für die Prüfung im Masterstudiengang Biomedizinische Chemie**

vom 11. Februar 2022

Die Zweite Ordnung zur Änderung der Ordnung des Fachbereichs 09 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Prüfung im Masterstudiengang Biomedizinische Chemie vom 16. Dezember 2021 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Nr. 13/2021, S. 626 ff.) wird wie folgt berichtigt:

1. In Nummer 14 e) werden die Worte „desselben Prüfungstermins“ durch die Worte „der gleichen Prüfung im selben Prüfungszeitraum“ ersetzt.
2. In Nummer 14f) wird in Zeile 2 das Wort „zentrale“ gestrichen.

Mainz, den 11. Februar 2022

Die Dekanin des Fachbereiches 09
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Univ.-Prof. Dr. Tanja Schirmeister

**Berichtigung der Vierten Ordnung zur Änderung der Ordnung
des Fachbereichs 09
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
für die Prüfung im Masterstudiengang Chemie**

vom 11. Februar 2022

Die Vierte Ordnung zur Änderung der Ordnung des Fachbereichs 09 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Prüfung im Masterstudiengang Chemie vom 16. Dezember 2021 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Nr. 13/2021, S. 586 ff.) wird wie folgt berichtigt:

1. Die Überschrift „II. Prüfungen“ zwischen § 9 und § 10 wird gestrichen.
2. Nummer 20 wird folgendermaßen ersetzt:

„Der bisherige § 18 wird § 17 und erhält folgende Fassung:

„§ 17

Bestehen und Nichtbestehen, Wiederholen von Prüfungen

(1) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn die dem Modul gemäß Anhang zugeordneten Studienleistungen erbracht sind und die abschließende Modulprüfung mit bestanden oder mindestens der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde. Besteht die Modulprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen (Modulteilprüfungen), so muss jede Prüfungsleistung bestanden sein.

(2) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Modulprüfungen gemäß § 11 zu den gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 vorgeschriebenen Modulen erfolgreich abgelegt und die Masterarbeit mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde.

(3) Pflicht- und Wahlpflicht-Modulprüfungen können in allen Teilen, in denen sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, höchstens zweimal wiederholt werden. Eine nicht bestandene Pflicht-Modulprüfung kann nicht durch eine andere Prüfung ersetzt werden. Bei kumulativen Modulprüfungen (Modulteilprüfungen) sind nur die nicht bestandenen Teilprüfungen zu wiederholen. Die Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist ausgeschlossen.

(4) Bei nicht bestandenen Wahlpflicht-Modulprüfungen können Studierende einmal während des gesamten Studiengangs das Wahlpflicht-Modul nach dem ersten, zweiten oder endgültigen Nicht-Bestehen wechseln. Die oder der Studierende erhält für die neue Wahlpflicht-Modulprüfung erneut drei Versuche, um die Prüfung erfolgreich abzuschließen. Ein Rückwechsel ist ausgeschlossen. Die nichtbestandene Modulprüfungsleistung wird nach Bestehen der Wechsellmöglichkeit nicht im Zeugnis ausgewiesen. Davon unberührt bleiben alle weiteren Regelungen von § 17 zum Bestehen und Nichtbestehen sowie Wiederholen von Prüfungen.

(5) Nicht bestandene Prüfungsleistungen oder prüfungsrelevante Studienleistungen in demselben Masterstudiengang an einer anderen Hochschule in Deutschland sind als Fehlversuche bei der zulässigen Zahl der Wiederholungsprüfungen zu berücksichtigen. Als Fehlversuche zu berücksichtigen sind ferner nicht bestandene Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen in Modulen oder Prüfungsgebieten eines anderen Studienganges an einer Hochschule in Deutschland, die denen im Masterstudiengang Chemie im Wesentlichen entsprechen, soweit für deren Bestehen gleichwertige oder geringere Anforderungen gestellt wurden.

(6) Die Meldung zur ersten Wiederholung einer Modulprüfung bzw. Modulteilprüfung soll innerhalb von sechs Monaten nach ihrem Nichtbestehen erfolgen, die Meldung zur zweiten Wiederholung innerhalb von sechs Monaten nach dem Nichtbestehen der ersten Wiederholung. In begründeten Einzelfällen können längere Fristen vorgesehen werden, für die erste und eine zweite Wiederholung insgesamt jedoch nicht mehr als zwei Jahre. Werden Fristen für die Meldung zur Wiederholung von Prüfungen versäumt, gelten die versäumten Prüfungen als nicht bestanden. § 4 Abs. 3 ist anzuwenden.

(7) Für die Wiederholung der Masterarbeit gilt § 15 Abs. 12.

(8) Kann eine Prüfungsleistung nicht mehr erbracht oder wiederholt werden, ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden und eine Fortführung des Studiums in demselben Masterstudiengang nicht mehr möglich und der Prüfungsanspruch verloren. Der Prüfungsausschuss erteilt der Kandidatin oder dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid. Der Bescheid über das endgültige Nichtbestehen der Masterprüfung und des damit verbundenen Verlusts des Prüfungsanspruchs ist mit einer Rechtshilfebelehrung zu versehen.““

Mainz, den 11. Februar 2022

Die Dekanin des Fachbereiches 09
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Univ.-Prof. Dr. Tanja Schirmeister

**4. Ordnung zur Änderung der Ordnung des
Fachbereichs 01 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für
die Prüfung im Beifach Evangelische Theologie
als Teil des Zwei-Fächer-Bachelorstudiengangs der Fachbereiche 02, 05 und 07**

Vom 9. Februar 2022

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und § 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des Hochschulgesetzes vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2021 (GVBl. S. 453), BS 223-41, hat der Fakultätsrat der Evangelisch-Theologischen Fakultät am 1. Februar 2022 die vorliegende Änderung der Ordnung des Fachbereichs 01 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Prüfung im Beifach Evangelische Theologie als Teil des Zwei-Fächer-Bachelorstudiengangs der Fachbereiche 02, 05 und 07 beschlossen. Diese hat der Präsident der Johannes Gutenberg Universität-Mainz mit Schreiben vom 2. Februar 2022, Az.: 03/02/01/02/01/048 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Artikel 1

**Änderung der Ordnung für die Prüfung im Beifach Evangelische Theologie
als Teil des Zwei-Fächer-Bachelorstudiengangs**

Die Ordnung des Fachbereichs 01 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die Prüfung im Beifach Evangelische Theologie als Teil des Zwei-Fächer-Bachelorstudiengangs der Fachbereiche 02, 05 und 07 vom 27.05.2011 (StAnz S. 964), zuletzt geändert mit Ordnung vom 27.03.2020 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg Universität-Mainz, Nr. 03/2020, S. 201), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„Voraussetzung für die Vergabe von Leistungspunkten für Module ist grundsätzlich der erfolgreiche Abschluss der Modulprüfung gemäß § 11 sowie die aktive Teilnahme an den Lehrveranstaltungen des Moduls. Bei Vorlesungen ist kein Nachweis der aktiven Teilnahme erforderlich, Ausnahmen sind im Anhang geregelt. Die Bedingungen für die aktive Teilnahme werden spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben; aktive Teilnahme kann z. B. aus dem Lesen bzw. Durcharbeiten von vorgegebener Lektüre, Halten von Kurzreferaten, Erstellen von Kurzprotokollen, Bearbeiten von Übungsaufgaben etc. bestehen. Art und Umfang der aktiven Teilnahme sind sachgemäß zu begrenzen.“

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„Eine Studienleistung ist durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung erbracht, wenn bei der Leistungsüberprüfung eine mindestens als „bestanden“ oder als „ausreichend“ (4,0) bewertete Leistung entsprechend § 14 Absatz 1 erzielt wurde. Solche Leistungsüberprüfungen können mehrere Teile umfassen und bestehen vor allem aus Klausuren, mündlichen Prüfungen, Protokollen, Kolloquien, Referaten, praktischen Übungen und Hausarbeiten. Die Veranstaltungsleiterin oder der Veranstaltungsleiter gibt die Art und Dauer der Leistungsüberprüfung spätestens zu Beginn der Vorlesungszeit bekannt.“

Eine Verpflichtung der Studierenden zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen als Prüfungsvoraussetzung gem. § 26 Abs. 3 Nr. 7 HochSchG kann nur dann verlangt werden, wenn diese erforderlich ist, um das Lernziel der Lehrveranstaltung zu erreichen. Dies ist der Fall bei praktischen Übungen, Praktika und Exkursionen.

Weitere Lehrveranstaltungen, in denen eine Anwesenheit gefordert werden kann, sind:

- Lehrveranstaltungen, in denen sicherheitsrelevantes Handeln vermittelt wird
- fachdidaktische Lehrveranstaltungen, in denen praktisches professionelles Handeln durch die Simulation von Lehr/Lernsituationen eingeübt wird
- sprachpraktische Lehrveranstaltungen, die auf die Kommunikation in der Fremdsprache abzielen
- Lehrveranstaltungen, in denen das gemeinsame Handeln und die gemeinsame Erfahrung der Studierenden Basis für das Erreichen der Lernziele darstellt wie bspw. Rollen- oder Planspiele, Simulationen, case studies, (Forschungs)projekte
- Lehrveranstaltungen, in denen wesentliches Lernziel bzw. wesentliche Lernziele die Moderation wissenschaftlicher Diskussionen und/oder die Präsentation eines Themas vor einem Fachpublikum sowie das Einüben eines sachgerechten und wertschätzenden Feedbacks sind
- Lehrveranstaltungen, in denen die Arbeit mit Exponaten aus Sammlungen usw. sowie die Beschreibung und Analyse der Objekte im Vordergrund stehen.

Lehrveranstaltungen, bei denen eine regelmäßige Anwesenheitspflicht besteht, sind im Anhang gekennzeichnet.

Die Anwesenheit an einer Lehrveranstaltung ist noch zu bestätigen, wenn die oder der Studierende bis zu zwei Einzelveranstaltungen, höchstens aber vier Veranstaltungsstunden im Semester, versäumt hat. In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen zugelassen werden.“

c) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„Die Veranstaltungsleiterin oder der Veranstaltungsleiter unterrichtet die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses (gemäß § 7 Abs. 2 Satz 2) unmittelbar nach Abschluss einer Lehrveranstaltung über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer; dabei sind der oder dem Vorsitzenden auch die Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitzuteilen, die im Falle von anwesenheitspflichtigen Lehrveranstaltungen an diesen nicht regelmäßig teilgenommen haben. Sofern benotete Studienleistungen zu erbringen sind, wird der Prüfungsausschuss unverzüglich über die von den Studierenden erzielten Noten unterrichtet, sowie darüber, welche Studierenden nicht an der Leistungsüberprüfung teilgenommen haben.“

d) Absatz 7 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Eine anwesenheitspflichtige Lehrveranstaltung, an der ohne von der bzw. dem für die Lehrveranstaltung Verantwortlichen genehmigte Entschuldigung nicht regelmäßig teilgenommen wurde, kann höchstens zweimal wiederholt werden.“

**Artikel 2
Inkrafttreten**

Diese Änderungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Kraft.

Mainz, den 9. Februar 2022

Der Fakultätsdekan
der Evangelisch-Theologischen Fakultät
Univ.-Prof. Dr. Michael Roth

**5. Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Prüfung
im Magisterstudiengang Evangelische Theologie
(Magister/Magistra Theologiae)
an der Johannes Gutenberg Universität-Mainz**

Vom 9. Februar 2022

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 86 Abs. 2 Nr. 2 des Hochschulgesetzes (HochSchG) vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2021 (GVBl. S. 453), BS 223-41, hat der Fakultätsrat der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 1. Februar 2022 die folgende Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Prüfung im Magisterstudiengang Evangelische Theologie (Magister/Magistra Theologiae), beschlossen. Diese Ordnung hat der Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz mit Schreiben vom 2. Februar 2022, Az.: 03/02/01/02/01/047, beschlossen. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Artikel 1

Die Ordnung für die Prüfung im Magisterstudiengang Evangelische Theologie (Magister/Magistra Theologiae) an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vom 13. Dezember 2012 (StAnz. S. 170), zuletzt geändert mit Ordnung vom 20. September 2021 (Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Nr. 10/2021, S. 462), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 2 Abs. 2 werden folgende neue Sätze angefügt:

„Ein endgültiges Nichtbestehen in einer der drei Sprachprüfungen ist dem Prüfungsausschuss durch den Studierenden unverzüglich anzuzeigen. In diesem Fall ist eine Fortführung des Studiums im Magisterstudiengang nicht mehr möglich. Die Rückmeldung zum Folgesemester wird versagt. Ist die Einschreibung in das Folgesemester bereits erfolgt, so erlischt sie.“

2. In § 3 Abs. 1 wird nach Satz 1 folgender neue Satz eingefügt:

„Abweichend davon gilt gem. § 27 Abs. 5 HochSchG vom 23. September 2020, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2021 (GVBl. S. 453) für die im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/2021 oder im Sommersemester 2021 eingeschriebenen und nicht beurlaubten Studierenden eine von dieser Regelstudienzeit abweichende um das betreffende oder die betreffenden Semester verlängerte individuelle Regelstudienzeit.“

3. In § 4 Abs. 4 werden nach Satz 2 folgende neue Sätze eingefügt:

„Dies ist der Fall bei praktischen Übungen, Praktika und Exkursionen.

Weitere Lehrveranstaltungen, in denen eine Anwesenheit gefordert werden kann, sind:

- Lehrveranstaltungen, in denen sicherheitsrelevantes Handeln vermittelt wird
- fachdidaktische Lehrveranstaltungen, in denen praktisches professionelles Handeln durch die Simulation von Lehr/Lernsituationen eingeübt wird
- sprachpraktische Lehrveranstaltungen, die auf die Kommunikation in der Fremdsprache abzielen

- Lehrveranstaltungen, in denen das gemeinsame Handeln und die gemeinsame Erfahrung der Studierenden Basis für das Erreichen der Lernziele darstellt wie bspw. Rollen- oder Planspiele, Simulationen, case studies, (Forschungs)projekte
- Lehrveranstaltungen, in denen wesentliches Lernziel bzw. wesentliche Lernziele die Moderation wissenschaftlicher Diskussionen und/oder die Präsentation eines Themas vor einem Fachpublikum sowie das Einüben eines sachgerechten und wertschätzenden Feedbacks sind
- Lehrveranstaltungen, in denen die Arbeit mit Exponaten aus Sammlungen usw. sowie die Beschreibung und Analyse der Objekte im Vordergrund stehen.“

4. § 29 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „144.000 Zeichen inkl. Leerzeichen“ durch die Wörter „1,5-zeilig, 12 Pkt. Serifenschrift im Haupttext, mit angemessenem Korrekturrand“ ersetzt.
- b) Satz 8 erhält folgende Fassung „Wird die Magisterarbeit nicht fristgerecht abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.“

Artikel 2

Diese Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Prüfung im Magisterstudiengang Evangelische Theologie (Magister/Magistra Theologiae) an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Veröffentlichungsblatt der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Kraft.

Mainz, den 9. Februar 2022

Der Fakultätsdekan
der Evangelisch-Theologischen Fakultät
Univ.-Prof. Dr. Michael Roth

**Ordnung
des Fachbereichs 10
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
für die Prüfung
im internationalen Masterstudiengang „Microbiology“
Vom 14.02.2022**

Aufgrund des § 7 Abs. 2 Nr. 2 und des § 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 des Hochschulgesetzes in der Fassung vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2021 (GVBl. S. 453), BS 223-41 hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs 10 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz am 27.10.2021 die folgende Ordnung für die Prüfung im internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ beschlossen. Diese Ordnung hat der Präsident der JGU Mainz mit Schreiben vom 8. Februar 2022, Az: 03/02/10/01/00/037, genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich, Ziel des Studiums, Zweck der Masterprüfung, akademischer Grad

(1) Diese Ordnung regelt die Prüfung im internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ des Fachbereichs 10 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (im Folgenden JGU), soweit diese an der JGU durchgeführt wird. Werden Teile der Prüfung an der Partneruniversität gemäß Absatz 3 Satz 1 erbracht, richten sich Organisation und Durchführung nach den dort geltenden rechtlichen Bestimmungen in der Verantwortlichkeit der jeweiligen Universität.

(2) Der konsekutive Masterstudiengang „Microbiology“ ist ein internationaler Studiengang, der aufbauend auf einem ersten berufsqualifizierendem Hochschulabschluss zu einem weiteren berufsqualifizierenden akademischen Abschluss führt. Er hat zum Ziel, vertiefte wissenschaftliche Fachkenntnisse in den Teilgebieten der Mikrobiologie zu vermitteln.

(3) Der internationale Masterstudiengang „Microbiology“ wird von den Partneruniversitäten Université de Bourgogne in Dijon (im Folgenden uB) (Frankreich) und JGU angeboten. Für die Durchführung und Fortentwicklung des Studiengangs sind die von den Partneruniversitäten eingesetzten Programmverantwortlichen verantwortlich. Auf die Kooperationsvereinbarung der beteiligten Partneruniversitäten vom 31. Januar 2022 wird verwiesen.

(4) Der internationale Masterstudiengang „Microbiology“ ist ein englischsprachiger Studiengang. Die Prüfungsleistungen sind in englischer Sprache zu erbringen.

(5) Die Studierenden absolvieren die Module des ersten Fachsemesters an der JGU und die Module des zweiten Fachsemesters an der uB. Das Lehrangebot für das dritte Semester wird sowohl an der JGU als auch an der uB angeboten. Im vierten Semester wählen die Studierenden, ob sie die Masterarbeit an der uB oder an der JGU absolvieren möchten. Am Ende des vierten Semesters findet ein Symposium mit Präsentationen der Masterarbeiten sowie eine mündliche Prüfung statt. Zusätzlich zu den Modulen gemäß Anhang 1 wird den Studierenden empfohlen, in der vorlesungsfreien Zeit, insbesondere zwischen dem dritten und vierten Fachsemester, Betriebspraktika zu absolvieren. Die Planung des Studienangebots berücksichtigt abweichende Semester- und Vorlesungszeiten zwischen der uB und der JGU; die Studierenden werden rechtzeitig über die Semester- und Vorlesungszeiten informiert.

(6) Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Mikrobiologie erworben hat, die Zusammenhänge des Fachgebietes überblickt und die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Kenntnisse anzuwenden.

(7) Nach erfolgreich absolviertem Studium und bestandener Prüfung verleiht der Fachbereich 10 Biologie den akademischen Grad eines „Master of Science (M.Sc.)“. Dieser Hochschulgrad darf dem Namen der Absolventin oder des Absolventen beigelegt werden. Zugleich verleiht die Partneruniversität ihren entsprechenden nationalen Abschluss: „Master of Science (M.Sc.) Microbiology“. Auf § 18 wird verwiesen.

§ 2 Zugangsvoraussetzungen

(1) Zugangsvoraussetzungen für den internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ sind:

1. Nachweis eines Bachelorabschlusses im Bereich der Biologie oder eines Studienabschlusses an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland, der sich davon nicht wesentlich unterscheidet.

Soweit zum Nachweis eines Bachelorabschlusses ein Abschlusszeugnis bis zum Ende der Bewerbungsfrist nicht vorliegt, ist eine Bewerbung auf der Grundlage einer Bescheinigung über bereits erbrachte Prüfungs- und Studienleistungen im Umfang von mindestens 120 Leistungspunkten, die von der zuständigen Stelle der bisherigen Hochschule ausgestellt worden sein muss, möglich. Eine Gesamtsumme der Leistungspunkte muss ausgewiesen sein. Eine Einschreibung in den internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ setzt die Vorlage eines Nachweises über den erlangten Bachelorabschluss voraus.

2. Nachweis über erforderliche Sprachkenntnisse in Englisch mindestens auf dem Niveau B2. Der Nachweis der Sprachkenntnisse gilt durch eine Zulassung zum Studiengang „International Master in Microbiology - ForTheMicrobes“ an der uB als erbracht. Für den internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ sind keine Deutsch- oder Französischkenntnisse erforderlich.

(2) Die Bewerbung für die Studiengang „Microbiology“ erfolgt über die uB. Bewerberinnen und Bewerber müssen die Bewerbung und erforderlichen Nachweise in der von der uB geforderten Form und zu den von der uB gesetzten Fristen an der uB einreichen. Dies gilt auch im Falle einer Bewerbung für ein höheres Fachsemester.

(3) Auch bei bestehenden Zugangsvoraussetzungen hängt die Zulassung zum internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ vom erfolgreichen Durchlaufen des Zulassungsverfahrens ab. Das Auswahl- und Zulassungsverfahren wird gemäß des Kooperationsabkommens an der uB gemäß der dort geltenden Regelungen und in Übereinstimmung mit den Regelungen des Kooperationsabkommens durchgeführt. Die JGU übernimmt die Entscheidungen über die Zulassungen und den Studierendenstatus (eingeschrieben, beurlaubt, exmatrikuliert) von der uB. Die notwendigen Daten werden von der uB gemäß § 24 an die JGU transferiert.

(4) Die Einschreibung in ein höheres Fachsemester setzt voraus, dass die Studien- und Prüfungsleistungen, die für das vorhergehende Fachsemester bzw. die vorhergehenden Fachsemester entsprechend dem Anhang vorgesehen sind, an einer der Partneruniversitäten des Studiengangs erbracht oder von einer der Partneruniversitäten anerkannt wurden.

(5) Ein Studienbeginn ist nur im Wintersemester möglich.

§ 3 Umfang und Art der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung besteht aus folgenden Prüfungsleistungen:

1. den studienbegleitenden Modulprüfungen,
2. der schriftlichen Masterarbeit,
3. der mündlichen Abschlussprüfung.

(2) Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ist zur Wahrung ihrer Chancengleichheit ein Nachteilsausgleich zu gewähren. Macht eine Kandidatin oder ein Kandidat glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, muss die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, die Prüfungsleistung innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

(3) Studien- und Prüfungsleistungen darf nur erbringen, wer ordnungsgemäß im internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ an der JGU eingeschrieben und nicht beurlaubt ist sowie ihren oder seinen Prüfungsanspruch nicht verloren hat. § 2 Abs. 7 der Ordnung für die Zulassung und Einschreibung von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bleibt davon unberührt.

§ 4 Regelstudienzeit, Fristen

(1) Die Regelstudienzeit einschließlich der Zeit für die Anfertigung der Masterarbeit und die abschließende Masterprüfung beträgt zwei Jahre (4 Semester). Im Rahmen des Masterstudiengangs sind insgesamt mindestens 120 Leistungspunkte (gemäß § 6 Absatz 1) zu erreichen.

(2) Im Interesse der Einhaltung der Regelstudienzeit ist das Studium straff organisiert. Sofern Anzeichen dafür bestehen, dass der Studienerfolg einer oder eines Studierenden gefährdet ist, kann die oder der Studierende schriftlich zur Teilnahme an einer Studienberatung eingeladen werden; eine verpflichtende Teilnahme kann nicht gefordert werden. In der Studienberatung werden die bisherigen Studienerfahrungen erörtert und die Gründe für das Unterschreiten der Leistungserwartungen dargelegt; ferner wird besprochen, wie ein erfolgreicher Studienverlauf erreicht werden kann. Jede oder jeder Studierende hat einen Rechtsanspruch auf diese Beratung.

(3) Bei der Ermittlung der Studienzeiten, die für die Einhaltung von im Rahmen dieser Prüfungsordnung vorgeschriebenen Fristen maßgeblich sind, werden Verlängerungen und Unterbrechungen von Studienzeiten nicht berücksichtigt, soweit sie durch

1. die Mitwirkung in gesetzlich oder satzungsmäßig vorgesehenen Gremien einer Hochschule, einer Studierendenschaft oder eines Studierendenwerks,
2. Krankheit, eine Behinderung oder chronische Erkrankung oder andere von der oder dem Studierenden nicht zu vertretende Gründe,
3. Schwangerschaft oder Erziehung eines Kindes; in diesen Fällen ist mindestens die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen der

Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz zu ermöglichen,

4. die Betreuung einer oder eines pflegebedürftigen Angehörigen,
5. ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium bis zu zwei Semestern; dies gilt nicht für Auslandsstudienzeiten, die nach der Prüfungsordnung abzuleisten sind, oder

bedingt waren. Die Pflicht zum Erbringen der Nachweise nach Satz 1 obliegt den Studierenden.

Die Bearbeitungsfrist einer häuslichen Prüfungsarbeit kann durch die gesetzlichen Fristen des Mutterschutzes und/oder der Elternzeit in der Regel nicht unterbrochen werden. Die gestellte Arbeit gilt im Regelfall als nicht vergeben. Nach Ablauf der Schutzfristen erhält die Kandidatin oder der Kandidat auf Antrag ein neues Thema.

§ 5

Modularisierter Studienaufbau, Leistungspunktesystem, aktive Teilnahme, Studienleistungen

(1) Die Lehrveranstaltungen und Praktika des internationalen Masterstudiengangs werden im Rahmen von Modulen angeboten. „Modul“ bezeichnet thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmte, in sich abgeschlossene Lehreinheiten. In der Regel wird jedes Modul mit einer Modulprüfung gemäß § 11 abgeschlossen. In besonders begründeten Einzelfällen kann eine Modulprüfung aus Teilprüfungen bestehen. In besonders begründeten Fällen können auch mehrere Module mit einer Prüfung abgeschlossen werden. Für die Prüfungen gemäß Satz 4 und 5 gilt § 11 entsprechend.

(2) Jedes Modul ist mit Leistungspunkten (= LP) versehen, die dem ungefähren Zeitaufwand entsprechen, der in der Regel durch die Studierende oder den Studierenden für den Besuch aller verpflichtenden Lehrveranstaltungen des Moduls, die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes, den ggf. erforderlichen Erwerb von Leistungsnachweisen, die Prüfungsvorbereitung und die Ablegung der Modulprüfung erforderlich ist. Entsprechendes gilt für die Masterarbeit und die mündliche Abschlussprüfung. Die Vergabe der Leistungspunkte erfolgt jeweils nach erfolgreichem Abschluss des Moduls gemäß Absatz 1 einschließlich sämtlicher im Rahmen des Moduls zu erbringender Studienleistungen gemäß Absatz 4 beziehungsweise nach erfolgreichem Abschluss der Masterarbeit und der mündlichen Abschlussprüfung. Die Maßstäbe für die Zuordnung von Leistungspunkten entsprechen dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS). Ein Leistungspunkt entspricht in einem durchschnittlichen Zeitaufwand von 30 Arbeitsstunden.

(3) Voraussetzung für die Vergabe von Leistungspunkten für Module ist grundsätzlich der erfolgreiche Abschluss der Modulprüfung gemäß § 11 nach aktiver Teilnahme an den Lehrveranstaltungen des Moduls. Bei Vorlesungen ist kein Nachweis der aktiven Teilnahme erforderlich, Ausnahmen sind im Anhang geregelt. Die Bedingungen für die aktive Teilnahme werden spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben; aktive Teilnahme kann z.B. aus dem Lesen bzw. Durcharbeiten von vorgegebener Lektüre, dem Halten von Kurzreferaten, dem Erstellen von Kurzprotokollen, dem Bearbeiten von Übungsaufgaben etc. bestehen. Art und Umfang der aktiven Teilnahme sind sachgemäß zu begrenzen.

(4) Der ordnungsgemäße Abschluss eines Moduls kann, soweit dies im jeweiligen Anhang geregelt ist, über das Bestehen der Modulprüfung hinaus vom Erbringen von Studienleistungen abhängig gemacht werden. Eine Studienleistung ist erbracht, wenn bei der Leistungsüberprüfung eine mindestens als „bestanden“ oder mit „ausreichend“ (4,0) bewertete Leistung entsprechend § 17 Absatz 1 erzielt wurde. Solche Leistungsüberprüfungen können

mehrere Teile umfassen und bestehen vor allem aus Klausuren, mündlichen Prüfungen, Protokollen, Kolloquien, Referaten, praktischen Übungen und Hausarbeiten. Näheres regelt der Anhang. Sofern im Anhang mehrere alternative Formen der Leistungsüberprüfung vorgesehen sind, gibt die Veranstaltungsleiterin oder der Veranstaltungsleiter die jeweilige Art und Dauer der Leistungsüberprüfung spätestens zu Beginn der Vorlesungszeit bekannt. Bei benoteten Studienleistungen erfolgt die Bewertung gemäß § 17.

(5) Lehrveranstaltungen, bei denen eine Anwesenheitspflicht besteht, sind im Anhang gekennzeichnet. Eine Verpflichtung der Studierenden zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen als Prüfungsvoraussetzung kann nur dann verlangt werden, wenn diese erforderlich ist, um das Lernziel der Lehrveranstaltung zu erreichen. Die Anwesenheit an einer Lehrveranstaltung ist noch zu bestätigen, wenn die oder der Studierende bis zu zwei Einzelveranstaltungen, höchstens aber vier Veranstaltungsstunden im Semester, versäumt hat. In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen zugelassen werden.

(6) Für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen ist in der Regel eine fristgerechte und verbindliche Anmeldung erforderlich. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses setzt in Absprache mit der Veranstaltungsleiterin oder dem Veranstaltungsleiter die jeweiligen Anmeldetermine und -modalitäten fest. Übersteigt die Zahl der Anmeldungen für eine teilnehmerbeschränkte Lehrveranstaltung die Zahl der verfügbaren Plätze, so sind bei der Vergabe die Richtlinien des Senats über den Zugang zu Lehrveranstaltungen mit beschränkter Teilnehmerzahl in der jeweils gültigen Fassung zu verwenden.

(7) Eine Lehrveranstaltung, mit Ausnahme von Vorlesungen, an der ohne eine von der bzw. dem für die Lehrveranstaltung Verantwortlichen genehmigte Entschuldigung nicht regelmäßig teilgenommen wurde, kann zweimal wiederholt werden. Die Wiederholung einer Lehrveranstaltung, in der bereits eine Studienleistung erbracht wurde, mit dem Ziel des Erwerbs weiterer Leistungspunkte oder der Verbesserung der erzielten Note ist ausgeschlossen.

(8) Nicht bestandene Studienleistungen sollten zum nächstmöglichen Termin wiederholt werden. Die Wiederholung von nicht bestandenen Studienleistungen ist in bestimmten Fällen nur zweimal möglich. Nähere Einzelheiten sind im Anhang geregelt. Die Wiederholung einer Studienleistung mit dem Ziel des Erwerbs weiterer Leistungspunkte oder der Verbesserung der erzielten Note ist ausgeschlossen.

(9) Leistungspunkte für einzelne Lehrveranstaltungen werden nur auf schriftlichen Antrag und nur zu Zwecken des Transfers bescheinigt. Werden in begründeten Einzelfällen Einzelnachweise für eine erbrachte Studienleistung benötigt, wird ein Studiennachweis ausgestellt. Der Studiennachweis enthält mindestens den Namen der oder des teilnehmenden Studierenden, die genaue Bezeichnung der Lehrveranstaltung und des Moduls, die Angabe des Semesters, in dem die Lehrveranstaltung durchgeführt wurde, die Zahl der Leistungspunkte und im Falle einer Studienleistung auch die Art und das Ergebnis der Leistungsüberprüfung.

§ 6 Studienumfang, Module

(1) Zum erfolgreichen Abschluss des Studiengangs müssen insgesamt mindestens 120 Leistungspunkte (LP) nachgewiesen werden, davon entfallen:

- | | |
|------------------------------|--------|
| 1. auf die Pflichtmodule | 47 LP, |
| 2. auf die Wahlpflichtmodule | 45 LP, |

- | | |
|---------------------------------------|--------|
| 3. auf die schriftliche Masterarbeit | 24 LP, |
| 4. auf die mündliche Abschlussprüfung | 4 LP. |

(2) Die den jeweiligen Modulen zugehörigen Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen sind im Anhang 1 aufgeführt. Der Fachbereich sowie die kooperierenden Einrichtungen stellen das für jedes Modul erforderliche Lehrangebot sicher.

(3) Lehrveranstaltungen oder Module, die bereits in derselben oder wesentlich inhaltsgleicher Form in dem Masterstudiengang zugrundeliegenden Bachelorstudiengang absolviert wurden, können im Masterstudiengang nicht belegt werden. Eine erneute Anerkennung der Studien- und Prüfungsleistungen ist ausgeschlossen. Stattdessen ist eine andere geeignete Lehrveranstaltung oder ein anderes geeignetes Modul zu absolvieren. Sofern eine Pflichtlehrveranstaltung oder ein Pflichtmodul zu ersetzen ist, legt der Prüfungsausschuss die zu absolvierenden Äquivalenzveranstaltung oder das zu absolvierende Äquivalenzmodul fest. Ausgenommen von Satz 2 sind Leistungen, die zusätzlich zu den für den Bachelorabschluss erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen erbracht wurden.

§ 7 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Ordnung festgelegten Aufgaben wählt der Fachbereichsrat einen Prüfungsausschuss. Auf § 37 Abs. 3 HochSchG wird verwiesen.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:

- a) vier Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer.
- b) ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden
- c) ein Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- d) ein Mitglied aus der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung.

Die oder der Vorsitzende sowie deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter müssen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer sein. Die Amtszeit des studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Die Wiederwahl eines Mitglieds ist möglich. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für die restliche Amtszeit gewählt.

(3) Der Prüfungsausschuss entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Bei Abstimmungen über Prüfungsleistungen ist § 24 Abs. 2 HochSchG anzuwenden.

(4) Soweit nichts anderes bestimmt ist, ist der Prüfungsausschuss für alle Entscheidungen zuständig, die aufgrund dieser Ordnung zu treffen sind; er kann die Erledigung von Aufgaben an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden delegieren. Der Prüfungsausschuss wird in seinen administrativen Tätigkeiten vom zuständigen Prüfungsamt oder Studienbüro unterstützt.

Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig dem Fachbereich über die Entwicklung der Studien- und der Prüfungszeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Masterarbeit sowie über die Verteilung der Modulnoten und der Gesamtnoten; der Bericht ist in geeigneter Weise

durch die Hochschule offen zu legen. Der Prüfungsausschuss gibt darüber hinaus dem zuständigen Fachausschuss für Studium und Lehre und dem Fachbereich Anregungen zur Reform des Studienplans und der Prüfungsordnung.

(5) Der Prüfungsausschuss hat im Zusammenwirken mit dem Fachbereich sicherzustellen, dass die Studien- und Prüfungsleistungen in den in dieser Ordnung festgesetzten Zeiträumen erbracht werden können. Zu diesem Zweck soll die Kandidatin oder der Kandidat rechtzeitig sowohl über Art und Zahl der im Rahmen eines Moduls zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, informiert werden. Den Kandidatinnen und Kandidaten sind für jede Studien- und Prüfungsleistung rechtzeitig auch die jeweiligen Wiederholungstermine bekannt zu geben.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, allen Leistungsüberprüfungen und Modulprüfungen beizuwohnen. Dieses Recht erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe der Note.

(7) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der oder dem betroffenen Studierenden unverzüglich schriftlich oder elektronisch mitzuteilen. Handelt es sich um die Mitteilung über das endgültige Nichtbestehen einer Prüfungsleistung oder den Verlust des Prüfungsanspruches im Masterstudiengang aus anderen Gründen, darf die Mitteilung nicht ausschließlich elektronisch erfolgen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Auf § 22 wird verwiesen.

(9) Der Prüfungsausschuss ist dazu berechtigt, wissenschaftliche Arbeiten auch mit Hilfe elektronischer Mittel auf Täuschungen und Täuschungsversuche zu überprüfen. Zu diesem Zweck kann er von der Verfasserin oder dem Verfasser die Vorlage einer geeigneten elektronischen Fassung der Arbeit innerhalb einer angemessenen Frist verlangen. Wird dieser Aufforderung nicht nachgekommen, kann die Arbeit als nicht bestanden bewertet werden

(10) Der Prüfungsausschuss kann im Benehmen mit der uB administrative Aufgaben bei der Durchführung von Prüfungen an die uB delegieren. Der Prüfungsausschuss informiert die zuständige Stelle an der Partnerhochschule über alle Prüfungsergebnisse; auf § 24 Abs. 2 wird verwiesen.

§ 8

Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

(1) Die Teile der Masterprüfung einschließlich der Modulprüfungen, die an der JGU erbracht werden, werden von Prüferinnen oder Prüfern gemäß Absatz 2 durchgeführt. Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer. Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen.

(2) Prüferinnen oder Prüfer sind

- a. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer; die Mitwirkungsrechte von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern werden durch Emeritierung und Pensionierung nicht berührt
- b. Habilitierte

- c. wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Aufgaben gemäß § 57 Abs. 1 Satz 2 HochSchG
- d. Lehrbeauftragte gemäß § 63 HochSchG
- e. Lehrkräfte für besondere Aufgaben gemäß § 58 HochSchG
- f. Professorinnen und Professoren im Ruhestand, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sowie in der beruflichen Praxis erfahrene Personen gemäß § 24 Abs. 1 Satz 2 HochSchG; diese werden durch Beschluss des Prüfungsausschusses auf Vorschlag des Fachbereichsrats zu Prüferinnen und Prüfern bestellt
- g. Prüfungsberechtigte einer anderen Hochschule mit der eine Kooperationsvereinbarung besteht
- h. im Einzelfall Prüfungsberechtigte einer anderen Hochschule mit der keine Kooperationsvereinbarung besteht
- i. Nachwuchsgruppenleiterinnen und Nachwuchsgruppenleiter, die durch ein hochschulübergreifendes Förderprogramm, das ein Ausschreibungs und Begutachtungsverfahren vorsieht, gefördert werden.

Als Prüferinnen oder Prüfer kann nur benannt werden, wer in dem Fach, in dem die Prüfung abgelegt wird, eine Lehrtätigkeit an einer Hochschule ausübt oder in den zurückliegenden vier Semestern ausgeübt hat oder über nachgewiesene einschlägige berufspraktische Erfahrungen verfügt. Im Falle einer fächerübergreifenden Masterarbeit kann eine oder einer der Gutachtenden aus dem anderen Fach sein.

Werden Teile der Masterprüfung an einer Partnerhochschule erbracht, sind Prüferinnen und Prüfer die dort Prüfungsberechtigten. Auf § 1 Abs. 1 Satz 2 wird verwiesen.

(3) In der Regel wird die zu einem Modul oder einer Lehrveranstaltung gehörende Prüfung von den in dem Modul Lehrenden ohne besondere Bestellung durch den Prüfungsausschuss abgenommen. Sollte eine Lehrende oder ein Lehrender aus zwingenden Gründen Prüfungen nicht abnehmen können, kann der Prüfungsausschuss eine andere Prüferin oder einen anderen Prüfer benennen. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass den Kandidatinnen oder Kandidaten die Namen der Prüferinnen oder Prüfer rechtzeitig, in der Regel mindestens 4 Wochen vor dem Prüfungstermin, bekannt gegeben werden. Die Kandidatin oder der Kandidat kann eine Prüferin oder einen Prüfer vorschlagen. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch. Ist eine Prüferin oder ein Prüfer aus der Universität ausgeschieden und bietet sie oder er noch die Prüfung zu einem Modul, aber nicht mehr Lehrveranstaltungen zu dem Modul an, so kann die oder der Studierende diese Prüferin oder diesen Prüfer für die Abnahme einer Wiederholungsprüfung zu dem Modul vorschlagen oder die Prüferin oder den Prüfer, die oder der sowohl Lehrveranstaltungen als auch die Prüfung zu dem Modul anbietet.

(4) Die Fachprüferinnen und Fachprüfer bestellen die Beisitzerinnen oder Beisitzer. Die Beisitzerin oder der Beisitzer müssen mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. Sie führen die Niederschrift bei mündlichen und praktischen Prüfungen und können mit der Vorkorrektur schriftlicher Prüfungsleistungen beauftragt werden. Sie sind berechtigt, Kandidatinnen oder Kandidaten bei Störungen während einer Prüfung von der Fortsetzung der Prüfung auszuschließen.

(5) Für die Prüferinnen und Prüfer und Beisitzerinnen oder Beisitzer gilt § 7 Abs. 7 Satz 2 und 3 entsprechend.

(6) Zu Prüferinnen oder Prüfern sowie Beisitzerinnen oder Beisitzern können auch die Prüfungsberechtigten der uB bestellt werden. Dabei gelten die Absätze 2, 3, 4 und 5 entsprechend.

§ 9

Übernahme von Studienleistungen und Prüfungsleistungen sowie Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen und Anrechnung von außerhalb der Hochschule erworbenen Qualifikationen

(1) Studienleistungen und Prüfungsleistungen werden ohne Überprüfung übernommen, wenn sie an der uB im Studiengang „International Master in Microbiology - ForTheMicrobes“ erbracht wurden. Für diese Leistungen gilt die Notenkonvertierungstabelle in Anhang 2.

(2) Für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen erworben wurden, sowie für die Anrechnung von außerhalb der Hochschule erworbenen Qualifikationen gelten die Bestimmungen der Teil-Rahmenprüfungsordnung der Johannes Gutenberg-Universität für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, Studienabschlüssen und außerhalb der Hochschule erworbenen Qualifikationen (Anerkennungssatzung) in der aktuell gültigen Fassung.

II. Prüfung

§ 10

Meldung und Zulassung zur Masterprüfung

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Masterprüfung gilt mit der Meldung zur ersten Modulprüfung bzw. zur ersten Modulteilprüfung innerhalb der vom Prüfungsausschuss bekannt gegebenen Frist als gestellt.

(2) Sofern nicht bereits mit dem Antrag auf Zulassung zum Studium erfolgt, sind dem Antrag auf Zulassung zur Masterprüfung beizufügen:

1. eine Erklärung darüber, ob die Kandidatin oder der Kandidat bereits eine Masterprüfung im internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland endgültig nicht bestanden hat oder ob sie oder er sich in einem nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland befindet,
2. eine Erklärung darüber, ob und ggf. wie oft die Kandidatin oder der Kandidat bereits Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen im Masterstudiengang Biologie oder in denselben Fächern oder Modulen eines anderen Studienganges an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland nicht bestanden hat.

In der Erklärung gemäß Nummer 2 hat die Kandidatin oder der Kandidat zu versichern, dass sie oder er im Falle eines gleichzeitigen Studiums in einem anderen Studiengang dem Prüfungsausschuss den Beginn und Abschluss des Prüfungsverfahrens sowie das Nichtbestehen von Prüfungen und Leistungsüberprüfungen in dem anderen Studiengang unverzüglich schriftlich mitteilen wird. Der Prüfungsausschuss ist dazu berechtigt, eine Bescheinigung der abgebenden Hochschule zu verlangen, wonach nach dortigem Recht der Studien- und Prüfungsanspruch in demselben oder einem vergleichbaren Studiengang nicht endgültig verloren ist („Unbedenklichkeitsbescheinigung“).

(3) Die Zulassung zur Masterprüfung wird abgelehnt, wenn

1. der Antrag auf Zulassung nicht fristgemäß vorgelegt wurde oder
2. die Unterlagen gemäß Absatz 2 unvollständig sind oder
3. die Kandidatin oder der Kandidat nicht im internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ an der JGU eingeschrieben ist oder
4. die Kandidatin oder der Kandidat eine Masterprüfung in demselben Studiengang an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland endgültig nicht bestanden hat oder
5. die Kandidatin oder der Kandidat wegen der Anrechnung von Fehlversuchen gemäß § 18 Abs. 3 keine Möglichkeit mehr zur Erbringung von Prüfungsleistungen hat, die für das Bestehen der Masterprüfung erforderlich sind.

Wird die Zulassung zur Prüfung aufgrund der Nr. 4 oder 5 abgelehnt, ist die Einschreibung aufzuheben.

(4) Wird die Kandidatin oder der Kandidat zur Masterprüfung nicht zugelassen, ist ihr oder ihm diese Entscheidung unter Angabe der Gründe schriftlich oder elektronisch mitzuteilen. Dem Bescheid ist eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen. Die uB ist darüber zu informieren, dass die Einschreibung an der JGU aufgehoben wurde. Auf § 24 Abs. 3 wird verwiesen.

§ 11 Modulprüfungen

(1) Die Modulprüfungen werden studienbegleitend erbracht; sie schließen das jeweilige Modul ab. Durch die Modulprüfung soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er die Inhalte und Methoden des Moduls in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden kann. Gegenstand der Modulprüfungen sind grundsätzlich die Inhalte der Lehrveranstaltungen des jeweiligen Moduls. Eine exemplarische Auswahl von Prüfungsgebieten ist zulässig.

(2) Eine Modulprüfung besteht grundsätzlich aus einer Prüfungsleistung. Sofern Studienleistungen gemäß Anhang in einem Modul zu erbringen sind, ist deren Bestehen Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung. Eine Zulassung unter Vorbehalt gemäß Absatz 5 bleibt davon unberührt. Der Anhang kann Modulteilprüfungen vorsehen, diese sind nur im begründeten Einzelfall zulässig. Für Modulteilprüfungen gelten die Bestimmungen gemäß Absatz 3 bis 5 und §§ 12 bis 14 entsprechend. Die Bewertung der Prüfungsleistungen und die Bildung der Modulnote der gemäß dem Anhang vorgeschriebenen Module erfolgt gemäß § 17.

(3) Die Modulprüfungen finden in mündlicher, schriftlicher oder praktischer Form gemäß den §§ 12 bis 14 statt. Andere als die in den §§ 12 bis 14 genannten Prüfungsarten sind nach Maßgabe des Anhangs zulässig, die Bestimmungen der §§ 12 bis 14 sind entsprechend anzuwenden. Die Art und Dauer der Modulprüfungen der einzelnen Module sind im Anhang geregelt. Sofern im Anhang mehrere alternative Formen der Leistungsüberprüfung vorgesehen sind, gibt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die jeweilige Art und Dauer der Prüfungsleistungen spätestens zu Beginn der Vorlesungszeit bekannt.

(4) Für die Teilnahme an Modulprüfungen ist eine fristgerechte und verbindliche Anmeldung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erforderlich. Die Anmeldung zu Modulprüfungen soll in der Regel in dem Semester erfolgen, in dem die letzte Studienleistung

des jeweiligen Moduls erbracht wird. § 10 Abs. 3 gilt entsprechend. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses setzt in Absprache mit den Prüferinnen oder Prüfern gemäß § 8 die jeweiligen Prüfungs- und Anmeldetermine fest. Die Prüfungs- und Anmeldetermine werden zu Beginn des Semesters bekannt gemacht. Nach Ablauf der Anmeldefrist ist ein Rücktritt nur noch in begründeten Einzelfällen möglich; insbesondere bei nachgewiesener Erkrankung, nachzuweisendem Fachwechsel, nachzuweisender Exmatrikulation oder nachzuweisendem Hochschulwechsel.

(5) Eine Modulprüfung kann in der Regel erst abgelegt werden, wenn die dem Modul gemäß Anhang zugeordneten Studienleistungen (§ 5 Abs. 4) erbracht worden sind. Hängt die Zulassung zu einer Modulprüfung vom Vorliegen von Studienleistungen ab und sind diese noch nicht vollständig erbracht worden, ist eine Zulassung zu einer Modulprüfung unter Vorbehalt möglich. Die Modulprüfung ist erst dann bestanden, wenn sämtliche Studienleistungen sowie die Modulprüfung erfolgreich bestanden sind. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(6) Werden mehrere Module gemeinsam mit einer Prüfung abgeschlossen, gelten die Absätze 1-5 entsprechend.

§ 12 Mündliche Modulprüfungen

(1) Mündliche Prüfungen werden vor mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern (Kollegialprüfung) oder vor einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers gemäß § 8 Abs. 4 abgelegt. Referate und referatsähnliche mündliche Prüfungen werden in der Regel nur vor einer Prüferin oder einem Prüfer abgelegt.

(2) Die mündliche Prüfung kann als Einzel- oder Gruppenprüfung (max. vier Kandidatinnen oder Kandidaten) durchgeführt werden und dauert nach näherer Regelung im Anhang mindestens 30, höchstens 60 Minuten pro Kandidatin oder Kandidat. In begründeten Fällen können im Anhang auch abweichende Zeiten festgelegt werden. Ergibt sich aus den Prüfungsfragen die Notwendigkeit, graphische oder rechnerische Darstellungen einzubeziehen, so sind diese Teil der mündlichen Prüfung. Vor der Festsetzung der Note hört die Prüferin oder der Prüfer die anderen an einer Kollegialprüfung mitwirkenden Prüferinnen oder Prüfer und Beisitzerinnen oder Beisitzer. Im Falle einer Kollegialprüfung sind die Prüferinnen und Prüfer gehalten, sich auf eine gemeinsame Note zu einigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, wird das arithmetische Mittel aus den einzelnen Bewertungen der Prüferinnen und Prüfer gebildet. § 17 Abs. 2 ist anzuwenden. Das Ergebnis ist der Kandidatin oder dem Kandidaten jeweils im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Bei Nichtbestehen sind der Kandidatin oder dem Kandidaten die Gründe zu eröffnen.

(3) Über den Verlauf jeder mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen. In der Niederschrift sind die Namen der Prüferinnen oder Prüfer, der Beisitzerinnen oder der Beisitzer, der oder des Protokollführenden sowie der Kandidatin oder des Kandidaten, Beginn und Ende der mündlichen Prüfung, die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung, die Prüfungsleistungen und die erteilten Noten aufzunehmen. Die Niederschrift darf nicht in elektronischer Form abgefasst werden. Sie ist unverzüglich nach Abschluss der Prüfung dem zuständigen Prüfungsamt zuzuleiten.

(4) Bei mündlichen Prüfungen können Studierende des betreffenden Fachbereichs auf Antrag als Zuhörerinnen oder Zuhörer anwesend sein, sofern sich keine der Kandidatinnen oder der Kandidaten bei der Meldung zur Prüfung dagegen ausspricht. Die Prüferin oder der Prüfer entscheidet über solche Anträge, die drei Wochen vor der mündlichen Prüfung beim Prüfungsausschuss eingereicht werden müssen, nach Maßgabe der vorhandenen Plätze.

Kandidatinnen oder Kandidaten desselben Prüfungstermins sind als Zuhörerinnen oder Zuhörer ausgeschlossen. Wenn die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung gefährdet ist, kann auch noch während der Prüfung der Ausschluss der Studierenden erfolgen. Die Öffentlichkeit der Prüfung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

(5) Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann die Gleichstellungsbeauftragte der JGU oder die Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereichs und auf Antrag Studierender mit Behinderung oder chronischer Erkrankung die oder der Beauftragte für die Belange von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung an mündlichen Prüfungen teilnehmen.

(6) Mündliche Prüfungen werden in englischer Sprache durchgeführt. Erweisen sich die Sprachkenntnisse als nicht ausreichend, ist die Prüfung nicht bestanden; ein Ausgleich durch andere Prüfungsbestandteile derselben Prüfung ist nicht zulässig.

§ 13

Schriftliche Modulprüfungen

(1) Unter einer schriftlichen Prüfung in Form einer Klausur ist die schriftliche Bearbeitung einer oder mehrerer von der Prüferin oder dem Prüfer gestellten Aufgaben zu verstehen, die mit den geläufigen Methoden des Faches, in begrenzter Zeit, mit in der Regel begrenzten Hilfsmitteln und unter Aufsicht zu erfolgen hat. Die Bearbeitungszeit beträgt nach näherer Regelung im Anhang mindestens 1 Stunde und höchstens 2 Stunden. In begründeten Fällen können im Anhang auch abweichende Zeiten festgelegt werden. Klausuren können in multimedial gestützter Form durchgeführt werden, sofern die Voraussetzungen hierfür gemäß Absatz 6 gegeben sind.

(2) Unter einer schriftlichen Prüfung in Form einer Hausarbeit ist die schriftliche Bearbeitung eines von der Prüferin oder dem Prüfer gestellten Themas mit den geläufigen Methoden des Faches in begrenzter Zeit zu verstehen. Sie muss Bestandteil eines Moduls sein. Das Thema sollte so gewählt werden, dass der zeitliche Gesamtaufwand für die Bearbeitung des Themas einer studentischen Arbeitsbelastung (im Sinne von § 5 Abs. 2 Satz 1) von insgesamt vier Wochen (Vollzeit) entspricht, begründete Ausnahmen davon können im Anhang geregelt werden. Der Prüfungsausschuss kann Fristen für die Abgabe der Hausarbeiten festlegen. Die Hausarbeit kann mit Zustimmung des Prüfenden auch als Gruppenprüfung angefertigt werden; § 15 Abs. 8 gilt entsprechend. Bei einer Gruppenarbeit sind die eigenständig sowie gegebenenfalls die gemeinsam verfassten Teile der Arbeit eindeutig zu benennen.

(3) Unter einer schriftlichen Prüfung in Form eines Portfolios ist das selbständige Verfassen, Auswählen und Zusammenstellen einer begrenzten Zahl von schriftlichen Dokumenten über die Themen eines Moduls und in den entsprechenden Lehrveranstaltungen hergestellten Produkte zu verstehen. Ein Portfolio besteht aus einer Einleitung, einer Sammlung von Dokumenten und einer Reflexion. Die Abgabe des Portfolios in digitaler Form (Präsentation) ist mit Zustimmung der Prüferin oder des Prüfers zulässig.

(4) Schriftliche Prüfungsleistungen werden in der Regel von einer Prüferin oder einem Prüfer bewertet. Im Falle der letzten Wiederholungsprüfung sind sie durch eine zweite Prüferin oder einen zweiten Prüfer zu bewerten. Bei einer Bewertung durch zwei Prüferinnen oder Prüfer errechnet sich die Note aus dem arithmetischen Mittel beider Bewertungen. § 17 Abs. 2 gilt entsprechend. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten. Findet die Wiederholungsprüfung im selben Prüfungszeitraum statt, sind die Prüfungsergebnisse spätestens zwei Wochen, andernfalls vier Wochen, vor dem Wiederholungstermin bekannt zu geben.

(5) Ist die zweite Wiederholung einer Klausur nicht bestanden, findet hierzu eine mündliche Ergänzungsprüfung statt, wenn dies für das jeweilige Modul oder das jeweilige Fach im Anhang vorgesehen ist. Diese Ergänzungsprüfung ist grundsätzlich als Einzelprüfung abzuhalten und soll zwischen 15 und 45 Minuten dauern; sie ist zeitnah durchzuführen. Bei der mündlichen Ergänzungsprüfung wird lediglich darüber entschieden, ob die Kandidatin oder der Kandidat die Note 4,0 oder schlechter erhält. Eine mündliche Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn die Kandidatin oder der Kandidat an der Prüfung nicht teilgenommen hat oder wenn die Bewertung „nicht ausreichend“ auf § 19 Abs. 3 beruht.

(6) Multimedial gestützte Prüfungsleistungen („e-Klausuren“) sind zulässig, sofern sie dazu geeignet sind, den Nachweis gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 zu erbringen oder hierzu beizutragen; erforderlichenfalls können sie durch andere Prüfungsformen ergänzt werden. Multimedial gestützte Prüfungsaufgaben werden in der Regel von zwei Prüferinnen oder Prüfern erarbeitet. Sie bestehen insbesondere in Freitextaufgaben, Lückentexten, Zuordnungsaufgaben. Multiple Choice-Fragen sind unter den Voraussetzungen gemäß Abs. 7 zulässig. Vor der Durchführung multimedial gestützter Prüfungsleistungen ist sicherzustellen, dass die elektronischen Daten eindeutig identifiziert sowie unverwechselbar und dauerhaft den Kandidatinnen und Kandidaten zugeordnet werden können. Die Prüfung ist in Anwesenheit einer fachlich sachkundigen Person (Protokollführerin oder -führer) durchzuführen. Über den Prüfungsverlauf ist eine Niederschrift anzufertigen, in die mindestens die Namen der Protokollführerin oder des Protokollführers sowie der Prüfungskandidatinnen und -kandidaten, Beginn und Ende der Prüfung sowie eventuelle besondere Vorkommnisse aufzunehmen sind. Den Kandidatinnen und Kandidaten ist gemäß den Bestimmungen des § 23 Möglichkeit der Einsichtnahme in die multimedial gestützte Prüfung sowie das von ihnen erzielte Ergebnis zu gewähren. Die Aufgabenstellung einschließlich einer Musterlösung, das Bewertungsschema, die einzelnen Prüfungsergebnisse sowie die Niederschrift sind gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu archivieren.

(7) Eine Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren („Multiple-Choice-Prüfung“) liegt vor, wenn die für das Bestehen der Prüfung mindestens erforderliche Leistung der Kandidatinnen und Kandidaten ausschließlich durch Markieren der richtigen oder der falschen Antworten erreicht werden kann. Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren sind nur zulässig, wenn sie dazu geeignet sind, den Nachweis über das Erreichen des Prüfungsziels gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 zu erbringen. Eine Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern vorzubereiten. Die Prüferinnen und Prüfer wählen den Prüfungsstoff aus, formulieren die Fragen, legen die Antwortmöglichkeiten und die Gewichtung der Fragen fest. Hierbei ist sicherzustellen, dass das Verhältnis der zu erzielenden Punkte in den einzelnen Fragen zur erreichbaren Gesamtpunktzahl dem jeweiligen Schwierigkeitsgrad entspricht. Sie erstellen das Bewertungsschema und wenden es im Anschluss an die Prüfung an. Die Prüfungsfragen müssen zweifelsfrei verstehbar, eindeutig beantwortbar und dazu geeignet sein, den zu überprüfenden Kenntnis- und Wissenstand der Kandidatinnen und Kandidaten eindeutig festzustellen. Die Voraussetzungen für das Bestehen der Prüfung sind vorab festzulegen. Vor der erstmaligen Durchführung einer Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren ist dem Prüfungsausschuss von den Prüferinnen und Prüfern eine Beschreibung der Prüfung vorzulegen, aus der sich die Eignung gemäß Satz 2 ergibt. Ferner sind für jede Prüfung

die ausgewählten Fragen,

die Musterlösung und

das Bewertungsschema

beim Prüfungsausschuss zu hinterlegen. Die Prüfung ist bestanden, wenn die Kandidatin oder der Kandidat mindestens 50 Prozent (Bestehensgrenze) der Gesamtpunktzahl erreicht hat. Liegt der Gesamtdurchschnitt der in einer Prüfung erreichten Punkte unter 50 Prozent, so ist die Klausur auch bestanden, wenn die Zahl der von der Kandidatin oder dem Kandidaten

erreichte Gesamtpunktzahl die durchschnittliche Prüfungsleistung aller Prüfungsteilnehmer um nicht mehr als 15 Prozent (Gleitklausel) unterschreitet. Alternativ kann die Bestehensgrenze auf mindestens 60 Prozent der Gesamtpunktzahl festgelegt werden; in diesem Fall beträgt die Gleitklausel 22 Prozent. Ein Bewertungsschema, das ausschließlich eine absolute Bestehensgrenze festlegt, ist unzulässig. Die Leistungen sind wie folgt zu bewerten:

Wurde die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestpunktzahl erreicht, so lautet die Note

- „sehr gut“, wenn mindestens 75 Prozent,
- „gut“, wenn mindestens 50 aber weniger als 75 Prozent,
- „befriedigend“, wenn mindestens 25 aber weniger als 50 Prozent,
- „ausreichend“, wenn keine oder weniger als 25 Prozent

der über die Mindestpunktzahl hinausgehenden Punkte erreicht worden sind.

Es wird empfohlen, Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren nur dann durchzuführen, wenn die Anzahl der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer sowie die Anzahl der Prüfungsfragen 30 nicht unterschreitet. Dies gilt auch für Wiederholungsprüfungen. Nach einer nichtbestandenem zweiten Wiederholung einer Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren findet eine mündliche Ergänzungsprüfung gemäß den Regelungen des Absatz 5 statt; in Abweichung von Absatz 5 Satz 1 ist diese jedoch verpflichtend vorzusehen. Absatz 5 Satz 4 gilt entsprechend.

(8) Über Hilfsmittel, die bei einer Klausur benutzt werden dürfen, entscheidet die Prüferin oder der Prüfer. Eine Liste der zugelassenen Hilfsmittel ist gleichzeitig mit der Ankündigung des Prüfungstermins bekannt zu geben.

§ 14 Praktische Modulprüfungen

(1) Die praktische Prüfung findet als Einzel- oder Gruppenprüfung statt. Bei Durchführung als Gruppenprüfung gilt § 15 Abs. 8 entsprechend. Die Art und Dauer der praktischen Prüfung ist im Anhang geregelt.

(2) Die praktische Prüfung wird in der Regel von einer Prüferin oder einem Prüfer abgenommen und bewertet. Die zweite Wiederholung einer praktischen Prüfung wird von zwei Prüferinnen oder Prüfern abgenommen und bewertet. Bei einer Bewertung durch zwei Prüferinnen oder Prüfer errechnet sich die Note aus dem arithmetischen Mittel beider Bewertungen. § 12 Abs. 3 bis 6 gilt entsprechend. Das Ergebnis der praktischen Prüfung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten jeweils im Anschluss an die praktische Prüfung bekannt zu geben.

(3) Sofern die praktische Prüfung vorzubereitende Aufgaben enthält, sind diese selbständig von der Kandidatin oder dem Kandidaten zu erarbeiten. Die Prüferin oder der Prüfer reicht vorzubereitende Prüfungsaufgaben schriftlich und vollständig beim vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses ein. Die Ausgabe erfolgt durch die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Die Termine der Ausgabe sind aktenkundig zu machen.

§ 15 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit, die zeigen soll, dass die Kandidatin oder der Kandidat dazu in der Lage ist, ein Problem aus dem Gegenstandsbereich des

Masterstudiengangs mit den erforderlichen Methoden in dem festgelegten Zeitraum zu bearbeiten. Die Betreuerin oder der Betreuer der Arbeit hat die Pflicht, die Kandidatin oder den Kandidaten bei der Anfertigung der Masterarbeit anzuleiten und sich regelmäßig über den Fortgang der Arbeit zu informieren.

(2) Die Masterarbeit kann nach Wahl der Kandidatin oder des Kandidaten an der uB oder an der JGU verfasst werden. Die Masterarbeit wird entsprechend der geltenden Prüfungsordnung an der jeweiligen Universität verfasst. Wird die Masterarbeit an der JGU verfasst, wird die Betreuung der Masterarbeit von einem Mitglied des Fachbereichs 10 der JGU aus dem Kreis der Prüfungsberechtigten gemäß § 8 Abs. 2 übernommen. Soll eine Masterarbeit, die an der JGU verfasst wird, in Kooperation mit einer außeruniversitären Einrichtung angefertigt werden, ist hierfür neben der Zustimmung der Betreuerin oder des Betreuers die Zustimmung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erforderlich; die Rechte und Pflichten der Beteiligten sind in einer Kooperationsvereinbarung zu regeln.

(3) Das vorläufige Thema der Masterarbeit ist mit der Betreuerin oder dem Betreuer zu vereinbaren und mit einer Bestätigung der Betreuerin oder des Betreuers dem Prüfungsausschuss bei der Meldung zur Masterarbeit gemäß Absatz 4 vorzulegen. Hat eine Kandidatin oder ein Kandidat gewählt, die Masterarbeit an der JGU zu verfassen und findet keine Betreuerin und keinen Betreuer, so sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass diese oder dieser rechtzeitig ein Thema für eine Masterarbeit erhält.

(4) Die Meldung zur Masterarbeit erfolgt in der Regel in der Mitte des dritten Fachsemesters. Sofern die oder der Studierende nicht innerhalb von sechs Wochen nach dem Bestehen aller Modulprüfungen ein mit einer Betreuerin oder einem Betreuer abgestimmtes Thema vorlegt, vergibt die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ein Thema.

(5) Die Bearbeitungszeit der Masterarbeit beträgt 6 Monate. In besonderen Fällen kann auf schriftlichen Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der Betreuerin oder dem Betreuer die Bearbeitungszeit um maximal vier Wochen verlängern. Bei einer eventuellen Verlängerung ist auf die Einhaltung der Regelstudienzeit zu achten.

(6) Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Masterarbeit sind von der Betreuerin oder von dem Betreuer so zu begrenzen, dass die Frist zur Bearbeitung der Masterarbeit eingehalten werden kann. Die Ausgabe des Themas der Masterarbeit durch die Betreuerin oder den Betreuer an die Kandidatin oder den Kandidaten erfolgt über den Prüfungsausschuss; § 10 Abs. 3 gilt entsprechend. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist beim Prüfungsausschuss aktenkundig zu machen. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ein neues Thema ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen, zu vereinbaren; Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 gelten entsprechend.

(7) Die Masterarbeit wird in englischer Sprache angefertigt.

(8) Die Masterarbeit kann, sofern die Betreuerin oder der Betreuer dem zustimmt, auch in Form einer Gruppenarbeit angefertigt werden. Der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatin oder des einzelnen Kandidaten muss auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien als individuelle Prüfungsleistung deutlich abgrenzbar und für sich bewertbar sein sowie den Anforderungen nach Absatz 1 entsprechen.

(9) Die Kandidatin oder der Kandidat reicht die Masterarbeit fristgemäß beim Prüfungsausschuss gebunden und in dreifacher Ausfertigung sowie zusätzlich in einer elektronischen Form ein. Das Format muss jeweils den Vorgaben des Prüfungsausschusses

entsprechen. Die Kandidatin oder der Kandidat hat bei der Abgabe schriftlich zu versichern, dass sie oder er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen. Wird die Masterarbeit nach Absatz 5 nicht fristgerecht abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Wird die Masterarbeit nicht in der Form gemäß Satz 1 und 2 abgegeben, kann sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet werden.

(10) Der Prüfungsausschuss bestellt zwei Gutachterinnen oder Gutachter aus dem Kreis der Prüfungsberechtigten gemäß § 8 Abs. 2, die nicht identisch mit der Betreuerin oder dem Betreuer sein sollen, und leitet ihnen die schriftliche Arbeit zur Begutachtung zu. Mindestens eine oder einer der Gutachtenden soll Hochschullehrerin oder Hochschullehrer des Fachbereichs 10 der JGU sein. Mindestens eine oder einer der Gutachtenden ist Prüferin oder Prüfer der uB. Zusätzlich zu der Begutachtung der schriftlichen Arbeit bewertet die Betreuerin oder der Betreuer die Qualität der praktischen Laborarbeit und die Eigenständigkeit der Kandidatin oder des Kandidaten.

(11) Die vorgelegte Masterarbeit ist von den Gutachterinnen und Gutachtern sowie der Betreuerin oder dem Betreuer innerhalb von vier Wochen gemäß den Vorgaben des § 17 zu bewerten und es ist je ein schriftliches Gutachten zu erstellen. Die Note der Masterarbeit setzt sich aus den Teilnoten der beiden Gutachtenden und der Betreuerin oder des Betreuers zusammen. Dabei fließen die Teilnoten der beiden Gutachtenden jeweils mit einer Gewichtung von 0,4, die Teilnote der Betreuerin oder des Betreuers mit einer Gewichtung von 0,2 in die Note der Masterarbeit ein.

(12) Die Masterarbeit kann, wenn beide Gutachten dies vorschlagen, einmalig zur Überarbeitung zurückgegeben werden. Eine Rückgabe zur Überarbeitung kann nur dann vorgeschlagen werden, wenn die Mängel der Arbeit, die zu einem Nichtbestehen führen würden, in der Frist gemäß Satz 6 behebbar erscheinen. Weichen die Gutachten im Vorschlag voneinander ab, sind die Gutachtenden gehalten sich zu einigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, wird eine Stellungnahme der Betreuerin oder des Betreuers eingeholt. Entsprechend des mehrheitlichen Vorschlags wird die Arbeit zur Überarbeitung zurückgegeben oder in der vorgelegten Fassung gemäß Absatz 11 bewertet. Die Frist für die Überarbeitung darf einen Zeitraum von drei Wochen nicht überschreiten. Im Falle eines positiven Ergebnisses wird die Masterarbeit mit „4,0“ bewertet.

(13) Die Masterarbeit ist nicht bestanden, wenn die Gesamtnote nicht mindestens „ausreichend“ (4,0) ist. Sie kann einmal wiederholt werden. Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass die Kandidatin oder der Kandidat innerhalb von sechs Wochen nach entsprechender Bekanntgabe ein neues Thema für eine Masterarbeit erhält. Eine Rückgabe des Themas in der in Absatz 6 Satz 4 genannten Frist ist nur zulässig, wenn die Kandidatin oder der Kandidat bei der ersten Anfertigung ihrer oder seiner Masterarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Eine zweite Wiederholung der Masterarbeit ist ausgeschlossen.

§ 16

Mündliche Abschlussprüfung

(1) Die mündliche Abschlussprüfung wird in der Zuständigkeit derselben Hochschule abgelegt, an der die Masterarbeit angefertigt wurde. Ist die Masterarbeit mit mindestens der Note „ausreichend“ (4,0) bestanden, gilt die Kandidatin oder der Kandidat als zur Abschlussprüfung zugelassen; § 10 Abs. 3 bleibt unberührt. Die mündliche Abschlussprüfung findet in der Regel an der uB oder an der JGU statt. Der Termin und der Ort für die mündliche Abschlussprüfung wird vom Prüfungsausschuss festgelegt und der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitgeteilt.

(2) Die Prüfung wird von drei Prüferinnen und Prüfern durchgeführt, in der Regel sind dies die Betreuerin oder der Betreuer sowie die beiden Gutachtenden. Auf § 8 Abs. 1 wird verwiesen.

(3) Gegenstand der Abschlussprüfung sind der Inhalt der Masterarbeit sowie Frage- und Aufgabenstellungen im Kontext des für die Masterarbeit gewählten Themas. Prüfungssprache ist Englisch.

(4) Die Prüfung dauert 20-30 Minuten pro Kandidatin oder Kandidat.

(5) Im Anschluss an die Prüfung legen die Prüferinnen und Prüfer gemäß den Vorgaben des § 17 die Note für die mündliche Abschlussprüfung fest. Weichen die Bewertungen der Prüferinnen oder Prüfer voneinander ab, wird die Gesamtnote aus dem arithmetischen Mittel der drei Einzelbewertungen gebildet. Die mündliche Abschlussprüfung ist nicht bestanden, wenn die Prüfungsleistung schlechter als „ausreichend“ (4,0) bewertet wird. Für die Bekanntgabe der Note gilt § 12 Abs. 2 Satz 8 und 9, für die erforderliche Niederschrift gilt § 12 Abs. 3, für die Möglichkeit der Gleichstellungsbeauftragten, der oder des Beauftragten für die Belange von Studierenden mit Behinderung oder chronische Erkrankung und anderer Personen zur Anwesenheit gilt § 12 Abs. 4 und 5 entsprechend.

§ 17

Bewertung der Prüfungsleistungen und der Studienleistungen, Gesamtnote

(1) Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen und benoteten Studienleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1,0; 1,3	=	sehr gut	=	eine hervorragende Leistung,
1,7; 2,0; 2,3	=	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt,
2,7; 3,0; 3,3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
3,7; 4,0	=	ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt,
5,0	=	nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Die Übertragung von den an der Partnerhochschule erzielten Noten erfolgt entsprechend Anhang 2.

(2) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn die dem Modul gemäß Anhang zugeordneten Studienleistungen erbracht sind und die abschließende Modulprüfung mindestens bestanden oder mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde. Besteht eine Modulprüfung aus einer Prüfungsleistung, so ist deren Note gleichzeitig die erzielte Note der Modulprüfung. Besteht die Modulprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen (Modulteilprüfungen), so muss jede Prüfungsleistung bestanden sein. Die Note der Modulprüfung errechnet sich als ein nach Leistungspunkten gewichtetes Mittel der Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen. In diesem Fall werden zur Ermittlung der Note der Modulprüfung die Noten für die einzelnen Modulteilprüfungen mit den ihnen zugeordneten Leistungspunkten multipliziert, addiert und durch die Gesamtzahl der einbezogenen Leistungspunkte dividiert. Der Anhang kann auch eine Notenbildung aus dem arithmetischen Mittel der einzelnen Prüfungsleistungen oder im begründeten Einzelfall eine andere Art der Berechnung der Modulnote vorsehen.

Die Note der Modulprüfung lautet:

bei einem Durchschnitt	bis 1,5 einschließlich	= sehr gut,
bei einem Durchschnitt	über 1,5 bis 2,5 einschließlich	= gut,
bei einem Durchschnitt	über 2,5 bis 3,5 einschließlich	= befriedigend,
bei einem Durchschnitt	über 3,5 bis 4,0 einschließlich	= ausreichend,
bei einem Durchschnitt	über 4,0	= nicht ausreichend.

Bei der Bildung der Modulnoten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(3) Zur Ermittlung der Gesamtnote der Masterprüfung werden die Noten für die einzelnen Modulprüfungen gemäß § 11 und die Note der mündlichen Abschlussprüfung mit den jeweiligen Leistungspunkten multipliziert und addiert. Dieser Summe wird das Produkt der Note für die Masterarbeit mit 26 Leistungspunkten hinzugefügt. Diese beiden Summen werden addiert und durch die Gesamtzahl der insgesamt einbezogenen Leistungspunkte dividiert. Im Übrigen gilt Absatz 2 Satz 7 und 8 entsprechend. Unbenotete Module werden bei der Berechnung nicht berücksichtigt.

§ 18

Bestehen und Nichtbestehen, Wiederholen von Prüfungen

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Modulprüfungen gemäß § 11 zu den gemäß § 6 Abs. 1 vorgeschriebenen Modulen erfolgreich abgelegt sowie die Masterarbeit und die mündliche Abschlussprüfung mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurden.

(2) Pflicht-Modulprüfungen und Wahlpflicht-Modulprüfungen können in allen Teilen, in denen sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, höchstens zweimal wiederholt werden. Eine nicht bestandene Pflicht-Modulprüfung oder Wahlpflicht-Modulprüfung kann nicht durch eine andere Prüfung ersetzt werden. Bei kumulativen Modulprüfungen (Modulteilprüfungen) sind nur die nichtbestanden Teilprüfungen zu wiederholen. Bei nicht bestandenen Wahlpflicht-Modulprüfungen können Studierende einmal während des gesamten Studiengangs das Wahlpflicht-Modul nach dem ersten, zweiten oder endgültigen Nicht-Bestehen wechseln. Die oder der Studierende erhält für die neue Wahlpflicht-Modulprüfung erneut drei Versuche, um die Prüfung erfolgreich abzuschließen. Ein Rückwechsel ist ausgeschlossen. Die nichtbestandene Modulprüfungsleistung wird nach Bestehen der Wechselmöglichkeit nicht im Zeugnis ausgewiesen. Davon unberührt bleiben alle weiteren Regelungen von § 18 zum Bestehen und Nichtbestehen sowie Wiederholen von Prüfungen. Die Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist ausgeschlossen.

(3) Nicht bestandene Prüfungsleistungen oder prüfungsrelevante Studienleistungen in demselben Masterstudiengang an einer anderen Hochschule in Deutschland sind als Fehlversuche auf die zulässige Zahl der Wiederholungsprüfungen anzurechnen. Als Fehlversuche anzurechnen sind ferner nicht bestandene Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen in Modulen oder Prüfungsgebieten eines anderen Studienganges an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland, die denen im internationalen Masterstudiengang „Microbiology“ im Wesentlichen entsprechen, soweit für deren Bestehen gleichwertige oder geringere Anforderungen gestellt wurden.

(4) Die Meldung zur ersten Wiederholung einer Modulprüfung bzw. Modulteilprüfung soll innerhalb von sechs Monaten nach ihrem Nichtbestehen erfolgen, die Meldung zur zweiten Wiederholung innerhalb von sechs Monaten nach dem Nichtbestehen der ersten Wiederholung. In begründeten Fällen können längere Fristen vorgesehen werden, für die erste und eine zweite Wiederholung insgesamt jedoch nicht mehr als zwei Jahre. Werden Fristen

für die Meldung zur Wiederholung von Prüfungen versäumt, gelten die versäumten Prüfungen als nicht bestanden. § 4 Abs. 3 ist anzuwenden.

(5) Für die Wiederholung der mündlichen Abschlussprüfung gelten die Absätze 2 bis 4 entsprechend; für die Wiederholung der Masterarbeit gilt § 15 Abs. 13.

(6) Kann eine Prüfungsleistung nicht mehr erbracht oder wiederholt werden, ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden und eine Fortführung des Studiums in demselben Masterstudiengang nicht mehr möglich.

(7) Ist die Masterprüfung nicht bestanden oder endgültig nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuss der Kandidatin oder dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen oder elektronischen Bescheid, der auch darüber Auskunft gibt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und innerhalb welcher Frist die Prüfung wiederholt werden kann. Der Bescheid über die nicht bestandene oder endgültig nicht bestandene Masterprüfung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. § 7 Abs. 8 ist anzuwenden.

§ 19

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Wenn die Kandidatin oder der Kandidat zu einem ordnungsgemäß festgesetzten und mitgeteilten Termin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie oder er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe zurücktritt, wird die jeweilige Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Prüfungen gelten auch dann als nicht bestanden, wenn sie die Kandidatin oder der Kandidat nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen abgelegt hat. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für das Versäumnis oder den Rücktritt gemäß Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, wird ein neuer Termin anberaumt. Bereits vorliegende Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen. Erfolgen Versäumnis oder Rücktritt wegen Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten, so muss dies durch ein ärztliches Attest nachgewiesen werden. Die Kandidatin oder der Kandidat muss das ärztliche Attest unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern, spätestens bis zum dritten Werktag nach dem Prüfungstermin beim Prüfungsausschuss vorlegen. Bei einer erstmalig vorgetragenen Prüfungsunfähigkeit ist regelmäßig ein einfaches ärztliches Attest ohne weitere Angaben ausreichend, welches lediglich die Prüfungsunfähigkeit aus ärztlicher Sicht bescheinigt. Im Wiederholungsfall kann die Vorlage eines qualifizierten ärztlichen Attestes, welches den Zeitpunkt der ärztlichen Behandlung, Art, Umfang und Dauer der Erkrankung sowie deren Auswirkungen auf die Prüfungsfähigkeit bescheinigt, oder eines Amtsarztes ohne diese Angaben verlangt werden. Eine Verpflichtung zur Angabe der ärztlichen Diagnose ist nicht zulässig. Der Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten steht die Krankheit eines von ihr oder ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen gleich. Werden die Gründe anerkannt, so ist nach deren Wegfall die Prüfung zum nächstmöglichen Prüfungstermin abzulegen.

(3) Versucht die Kandidatin oder der Kandidat das Ergebnis einer Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, oder erweist sich eine Erklärung gemäß Absatz 5 als unwahr, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) absolviert. Stört eine Kandidatin oder ein Kandidat den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung, kann sie oder er von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) absolviert.

(4) Die Kandidatin oder der Kandidat kann innerhalb einer Frist von einem Monat verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(5) Bei schriftlichen Prüfungsleistungen gemäß § 13 mit Ausnahme von Klausuren hat die oder der Studierende bei der Abgabe der Arbeit eine schriftliche Erklärung vorzulegen, dass sie oder er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat, dass die Arbeit nicht in identischer oder wesentlich inhaltsgleicher Form bereits als Prüfungsleistung eingereicht wurde, und dass von der Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in Forschung und Lehre und zum Verfahren zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten Kenntnis genommen wurde. Erweist sich eine solche Erklärung als unwahr oder liegt ein sonstiger Täuschungsversuch oder ein Ordnungsverstoß bei der Erbringung von Prüfungsleistungen vor, gelten die Absätze 3 und 4 entsprechend.

(6) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 5 gelten für Studienleistungen entsprechend.

§ 20

Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement

(1) Absolventinnen und Absolventen des internationalen Masterstudiengangs „Microbiology“, die die Masterprüfung bestanden haben, erhalten die Abschlüsse beider Partneruniversitäten; auf § 1 Abs. 7 wird verwiesen. Für die Dokumente, die an der JGU ausgestellt werden, gelten die Regelungen der Absätze 2 bis 7. Dabei verweisen Zeugnis, Urkunde und Diploma Supplement darauf, dass der Studiengang in Kooperation mit der Partneruniversität uB durchgeführt wurde.

(2) Hat eine Kandidatin oder ein Kandidat die Masterprüfung bestanden, so erhält sie oder er über die Ergebnisse unverzüglich, in der Regel innerhalb von sechs Wochen nach der letzten bestandenen Prüfungsleistung ein Zeugnis. Das Zeugnis enthält die Noten der Modulprüfungen, der Masterarbeit, der mündlichen Abschlussprüfung und die Gesamtnote (§ 17 Abs. 3). Die jeweils erworbenen Leistungspunkte sind anzugeben. Ferner enthält das Zeugnis das Thema der Masterarbeit. Wurden Modulprüfungen an der Partneruniversität oder werden Modulprüfungen an einer anderen Hochschule abgelegt und anerkannt, wird der Name der Hochschule, an der die Modulprüfungen abgelegt wurden, im Zeugnis genannt. Zusätzlich zu der Gesamtnote werden Notenverteilungstabellen gemäß ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System) Leitfaden ausgegeben, sofern die hierzu erforderlichen Daten vorliegen. Erbrachte zusätzliche, nicht verpflichtend vorgeschriebene Studien- und Prüfungsleistungen werden in geeigneter Weise bescheinigt; solche Leistungen werden nicht auf die Gesamtnote angerechnet.

(2) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte zum Bestehen des Masterstudiums notwendige Leistung (Modulabschluss, Praktikum, Masterarbeit) erbracht wurde. Das Zeugnis ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und mit dem Stempel des Fachbereiches oder dem Siegel des Landes zu versehen.

(3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin oder dem Kandidaten eine Urkunde ausgehändigt, die die Verleihung des Grades eines Master of Science (M.Sc.) beurkundet. Die Urkunde trägt das Datum des Zeugnisses. Sie wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der Dekanin oder dem Dekan des Fachbereichs unterzeichnet und mit dem Stempel des Fachbereiches oder dem Siegel des Landes versehen.

(4) Zusätzlich erhält die Absolventin oder der Absolvent ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Modell“ von Europäischer Union/Europarat/UNESCO. Es ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen KMK und HRK abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Das Diploma Supplement enthält insbesondere Angaben über die Hochschule, die Art des Abschlusses, das Studienprogramm, die Zugangsvoraussetzungen, die Studienanforderungen und den Studienverlauf sowie über das deutsche Studiensystem.

(5) Zeugnis, Urkunde und Diploma Supplement sind deutsch- und englischsprachig verfasst. Auf Antrag können die Dokumente zusätzlich in einer anderen gängigen Fremdsprache abgefasst werden; die Kosten hierfür trägt erforderlichenfalls die Absolventin oder der Absolvent. Bei Zeugnissen, Urkunden und Diploma Supplements ist die Verwendung elektronischer Unterschriften oder Faksimilestempel zulässig.

(6) Studierende, die die Universität ohne Abschluss verlassen oder ihr Studium an der Universität in einem anderen Studiengang fortsetzen, erhalten auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine zusammenfassende Bescheinigung über erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen (Transcript of Records). Der Antrag ist schriftlich unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen an den Prüfungsausschuss zu richten.

III. Schlussbestimmungen

§ 21

Ungültigkeit der Masterprüfung

(1) Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei einer Studien- oder Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Studien- oder Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin oder der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung oder die Studienleistung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären. Die Prüferinnen oder Prüfer werden vorher gehört.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes.

(3) Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis, das Diploma Supplement und gegebenenfalls der entsprechende Studiennachweis sind einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Mit diesen Dokumenten ist auch die Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschungshandlung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von zwei Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

(5) Über Entscheidungen von Fällen nach Absatz 1 oder Absatz 2 sind die zuständigen Stellen der uB unverzüglich zu informieren.

§ 22 Widerspruch

Gegen Prüfungsentscheidungen der JGU kann fristgerecht nach Bekanntgabe der Prüfungsentscheidung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses schriftlich Widerspruch eingelegt werden. Über den Widerspruch entscheidet der Prüfungsausschuss. Bei Widersprüchen, die sich gegen eine Bewertung einer Prüferin oder eines Prüfers handelt, wird deren oder dessen Stellungnahme eingeholt.

§ 23 Informationsrecht der Kandidatin oder des Kandidaten

(1) Die Kandidatin oder der Kandidat kann sich vor Abschluss der Masterprüfung über Ergebnisse (Noten) ihrer oder seiner Studien- und Prüfungsleistungen informieren.

(2) Der Kandidatin oder dem Kandidaten wird auf schriftlichen Antrag Einsicht in ihre oder seine Prüfungsakten einschließlich der Masterarbeit und die darauf bezogenen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Die Einsichtnahme ist auch bei noch nicht abgeschlossener Masterprüfung möglich.

(3) Der Antrag ist binnen eines Jahres nach dem Ablegen einer Prüfungsleistung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 24 Prüfungsverwaltungssystem und Datenaustausch mit der Partnerhochschule

(1) Die Prüfungsverwaltung erfolgt in der Regel unter Nutzung eines elektronischen Prüfungsverwaltungssystems. Dies umfasst insbesondere die An- und Abmeldung zu Lehrveranstaltungen und Prüfungen, die Übermittlung von Dokumenten und die Bekanntgabe der Ergebnisse von Studien- und Prüfungsleistungen.

(2) Die Studierenden sind verpflichtet die integrierte Studien- und Prüfungsverwaltung sowie den von der JGU Mainz bereitgestellten persönlichen E-Mail-Account regelmäßig zu nutzen.

(3) Die uB und die JGU tauschen personenbezogene Daten und Dokumente auf elektronischem Wege aus, soweit das zum Zweck der Durchführung des Studiengangs erforderlich ist. Dabei stellen die Partnerhochschulen die Datensicherheit durch eine Datenschutzvereinbarung und den Einsatz einer geeigneten Software sicher.

§ 25 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Mainz, den 14.02.2022
Der Dekan
des Fachbereichs 10 Biologie
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Univ.-Prof. Dr. Eckhard Thines

Anhang 1 zu den §§ 5, 6, 11-14, 20: Module

Das Studium gliedert sich in die folgenden Module:

1. Semester:

- Pflichtmodul: Basic Methods and Lab Skills (JGU)
- Wahlpflichtmodule (eines der beiden Module ist zu wählen): Fungal and Molecular Physiology (JGU), Biomolecular Interactions (JGU)

2. Semester:

- Pflichtmodule: Microbial response to stress and environmental changes (uB), Microbial Interactions (uB), Microbial diversity and microbial circulation in ecosystems (uB), Auxiliary module (uB)

3. Semester:

- Wahlpflichtmodule (zwei Module sind zu wählen): Bacterial Infection Biology (JGU), Molecular Principles of Fungal Adaptation and Differentiation (JGU), Internship Advanced Microbiology I (uB), Internship Advanced Microbiology II (uB)

4. Semester:

- Pflichtmodul: Master Thesis (JGU oder uB)

MIC 1a	Basic Methods and Lab Skills						[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	JGU						
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Pflicht						
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	15 LP = 450 h						
Moduldauer (laut Studienverlaufsplan)	1 Semester						
Lehrveranstaltungen/ Lernformen	Art	Regelsemester bei Studienbeginn WiSe	Verpflichtungsgrad	Kontaktzeit	Selbststudium	Leistungspunkte	
a) Basic Methods in Molecular Microbiology and Biotechnology	V	1	P	2 SWS	69 h	3 LP	
b) Basic Methods in Molecular Microbiology and Biotechnology	Pr	1	P	8 SWS	216 h	10 LP	
c) Applied Methods in Microbiology and Biotechnology	S	1	P	1 SWS	49,5 h	2 LP	
Um das Modul abschließen zu können sind folgende Leistungen zu erbringen:							
Anwesenheit	Pr						
Aktive Teilnahme	gemäß § 5 Abs. 3						
Studienleistung(en)	Protokolle in b), Vortrag in c)						
Modulprüfung	Mündliche Prüfung (30 min) in a)						

MIC 1b	Fungal and Molecular Physiology						[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	JGU						
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Wahlpflicht						
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	15 LP = 450 h						
Moduldauer (laut Studienverlaufsplan)	1 Semester						

Lehrveranstaltungen/ Lernformen	Art	Regelsemester bei Studienbeginn WiSe	Verpflichtungsgrad	Kontaktzeit	Selbststudium	Leistungspunkte
a) Physiologie der Pilze	V	2	P	2 SWS	69 h	3 LP
b) Fungal Molecular Physiology	Pr	2	P	8 SWS	216 h	10 LP
c) Current topics in Fungal Molecular Physiology	S	2	P	1 SWS	49,5 h	2 LP
Um das Modul abschließen zu können sind folgende Leistungen zu erbringen:						
Anwesenheit	Pr					
Aktive Teilnahme	gemäß § 5 Abs. 3					
Studienleistung(en)	Vortrag in c)					
Modulprüfung	Klausur (60 Min) in a)					

MIC 1c	Biomolecular Interactions						[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	JGU						
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Wahlpflicht						
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	15 LP = 450 h						
Moduldauer (laut Studienverlaufsplan)	1. Semester						
Lehrveranstaltungen/ Lernformen	Art	Regelsemester bei Studienbeginn WiSe	Verpflichtungsgrad	Kontaktzeit	Selbststudium	Leistungspunkte	
a) Biomolecular Interactions	V	1	P	2 SWS	69 h	3	
b) Biomolecular Interactions	Pr	1	P	8 SWS	216 h	10	
c) Biomolecular Interactions	S	1	P	1 SWS	49,5 h	2	
Um das Modul abschließen zu können sind folgende Leistungen zu erbringen:							
Anwesenheit	Pr						
Aktive Teilnahme	gemäß § 5 Abs. 3						
Studienleistung(en)	Vortrag in c)						
Modulprüfung	Klausur (60 min) in a)						

MIC 2a	Microbial response to stress and environmental changes						[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	uB						
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Pflicht						
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	9 LP = 148 h						
Regelsemester	2						
Zugangsvoraussetzungen	Bereits mind. 15 LP erworben						
Unterrichtssprache(n) und Prüfungssprache(n)	Englisch						
Prüfung	Gemäß der Prüfungsordnung für den Studiengang „ForTheMicrobes - International Master of Microbiology“						
Besondere Hinweise zur Modulnote	Keine						

MIC 2b	Microbial Interactions	[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	uB	
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Pflicht	
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	9 LP = 148 h	
Regelsemester	2	
Zugangsvoraussetzungen	Bereits mind. 15 LP erworben	
Unterrichtssprache(n) und Prüfungssprache(n)	Englisch	
Prüfung	Gemäß der Prüfungsordnung für den Studiengang „ForTheMicrobes - International Master of Microbiology“	
Besondere Hinweise zur Modulnote	Keine	

MIC 2c	Microbial diversity and microbial circulation in ecosystems [Modulname in Englisch]	[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	uB	
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Pflicht	
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	9 LP = 148 h	
Regelsemester	2	
Zugangsvoraussetzungen	Bereits mind. 15 LP erworben	
Unterrichtssprache(n) und Prüfungssprache(n)	Englisch	
Prüfung	Gemäß der Prüfungsordnung für den Studiengang „ForTheMicrobes - International Master of Microbiology“	
Besondere Hinweise zur Modulnote	Keine	

MiC 2d	Auxiliary module [Modulname in Englisch]	[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	uB	
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Pflicht	
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	3 LP = 75 h	
Regelsemester	2	
Zugangsvoraussetzungen	Bereits mind. 15 LP erworben	
Unterrichtssprache(n) und Prüfungssprache(n)	Englisch	
Prüfung	Gemäß der Prüfungsordnung für den Studiengang „ForTheMicrobes - International Master of Microbiology“	
Besondere Hinweise zur Modulnote	Keine	

MiC 3a	Bacterial Infection Biology						[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	JGU						
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Wahlpflicht						
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	15 LP = 450 h						
Moduldauer (laut Studienverlaufsplan)	1 Semester						
Lehrveranstaltungen/ Lernformen	Art	Regelsemester bei Studienbeginn WiSe	Verpflichtungsgrad	Kontaktzeit	Selbststudium	Leistungspunkte	
a) Bacterial Infection Biology	Pr	3	P	13 SWS	253,5 h	13 LP	
b) Current Topics in Microbiology	S	3	P	2 SWS	36 h	2 LP	
Um das Modul abschließen zu können sind folgende Leistungen zu erbringen:							
Anwesenheit	Pr						
Aktive Teilnahme	gemäß § 5 Abs. 3						
Studienleistung(en)	Seminarvortrag in b)						
Modulprüfung	Forschungsvortrag mit Diskussion in a); referatsähnliche Prüfung gem. § 12 Abs, 1 Satz 2						

MiC 3b	Molecular Principles of Fungal Adaptation and Differentiation						[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	JGU						
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Wahlpflicht						
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	15 LP = 450 h						
Moduldauer (laut Studienverlaufsplan)	1 Semester						
Lehrveranstaltungen/ Lernformen	Art	Regelsemester bei Studienbeginn WiSe	Verpflichtungsgrad	Kontaktzeit	Selbststudium	Leistungspunkte	
a) Molecular principles of fungal adaptation and differentiation	Pr	3	P	13 SWS	253,5 h	13 LP	
b) Current Topics in Microbiology	S	3	P	2 SWS	36 h	2 LP	
Um das Modul abschließen zu können sind folgende Leistungen zu erbringen:							
Anwesenheit	Pr						
Aktive Teilnahme	gemäß § 5 Abs. 3						
Studienleistung(en)	Forschungsvortrag und Kolloquium in a), Seminarvortrag in b)						
Modulprüfung	Forschungsvortrag mit Diskussion in a); referatsähnliche Prüfung gem. § 12 Abs, 1 Satz 2						

MIC 3c	Internship Advanced Microbiology I	[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	uB	
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Wahlpflicht	
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	15 LP = 450 h	
Regelsemester	3	
Zugangsvoraussetzungen	acquired at least 30 LP	
Unterrichtssprache(n) und Prüfungssprache(n)	Englisch	
Prüfung	Gemäß der Prüfungsordnung für den Studiengang „ForTheMicrobes - International Master of Microbiology“	
Besondere Hinweise zur Modulnote	Keine	
Qualifikationsziele/Lernergebnisse/Kompetenzen		

MIC 3d	Internship Advanced Microbiology II	[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	uB	
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Wahlpflicht	
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	15 LP = 450 h	
Regelsemester	3	
Zugangsvoraussetzungen	Bereits mind. 30 LP erworben	
Unterrichtssprache(n) und Prüfungssprache(n)	Englisch	
Prüfung	Gemäß der Prüfungsordnung für den Studiengang „ForTheMicrobes - International Master of Microbiology“	
Besondere Hinweise zur Modulnote	Keine	

MIC 4	Master Thesis						[Modul-Kennnummer]
Angeboten von	uB, JGU						
Pflicht- oder Wahlpflichtmodul	Pflicht						
Leistungspunkte (LP) und Arbeitsaufwand (workload)	30 LP = 900 h						
Moduldauer (laut Studienverlaufsplan)	1 Semester						
Lehrveranstaltungen/ Lernformen	Art	Regelsemester bei Studienbeginn WiSe (SoSe)	Verpflichtungsgrad	Kontaktzeit	Selbststudium	Leistungspunkte	
a) Masterarbeit		4	P	Ges. 720 SWS	Ges. 180 h	24 LP	
b) Symposium (Kolloquium)	K	4	P			2 LP	
c) Mündliche Abschlussprüfung		4	P			4 LP	
Um das Modul abschließen zu können sind folgende Leistungen zu erbringen:							
Anwesenheit							
Aktive Teilnahme	gemäß § 5 Abs. 3						
Studienleistung(en)	Posterpräsentation (Referat gemäß § 5 Abs. 4) in b),						
Modulprüfung	Masterarbeit, mündliche Prüfung, Gewichtung gem. §17 Abs. 3						

Legende:

K	=	Kolloquium
Pr	=	Praktikum
S	=	Seminar
SWS	=	Semesterwochenstunde
Ü	=	Übung
V	=	Vorlesung
P	=	Pflicht

Die näheren Einzelheiten zu den Modulen finden sich im jeweils gültigen Modulhandbuch des Fachs „International Master of Microbiology“

Anhang 2 Notenumrechnung

Die untenstehenden Umrechnungstabellen basieren auf Einzelnoten aus folgenden Studiengängen und Zeiträumen.

1. JGU: Studiengang "Biologie (M.Sc.)", SoSe 2021, WiSe 2020/21, SoSe 2020, WiSe 2019/20, SoSe 2019, WiSe 2018/19, SoSe 2018, WiSe 2017/18
2. uB: Studiengänge „Integrative Biology of Plant-Microorganism-Environment Interactions (B2IPME)B“, zweites Jahr; "Microbiology and Physicochemistry for food and wine processes (MP²)", zweites Jahr, jeweils Wintersemester 2016/17-Wintersemester 2020/21

Die rechnerischen Ergebnisse wurden in Absprache zwischen den Partneruniversitäten angepasst, um Unterschiede in der Benotungskultur auszugleichen. Die Notenumrechnungstabellen werden bei Bedarf aktualisiert, grundsätzlich alle drei Jahre.

Notenumrechnung von JGU zu uB:

JGU	uB
1,0	17,0
1,3	14,4
1,7	12,5
2,0	11,7
2,3	11,0
2,7	10,7
3,0	10,4
3,3	10,1
3,7	10,0
4,0	10,0

Notenumrechnung von uB zu JGU

uB	JGU
20,0-14,5	1,0
14,4-12,6	1,3
12,5-11,8	1,7
11,7-11,1	2,0
11,0-10,8	2,3
10,7-10,5	2,7
10,4-10,2	3,0
10,1	3,3
10	3,7